

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1950

30 (4.2.1950)

BADISCHES VOLKSECHO

Aus dem Inhalt:

Wasserstoffbombe
amerikanische Provokation
Atlantikpakt-Lieferungen —
ohne das Volk
Siegesszuversicht von
Millionen Frauen
Heute neuer Roman:
„Die Goldene Kugel“

Verlag: Nordbadische Druck- und Zeitungsvertrieb G. m. b. H., Mannheim, S 3, 10, Fernruf Nr. 432 60, Redaktion: Mannheim, S 3, 10, Fernruf Nr. 415 85. Chefredakteur: Willy Grimm. Vertriebsstellen: Mannheim-Neckarstadt, Mittelstr. 38, Ruf 509 35, Heidelberg, Rohrbacher Str. 13-15, Ruf 3421/25-01, Karlsruhe, Amalienstraße 69, Ruf 4023, Pforzheim, Westliche 77, Ruf 2596, Weinheim, Hauptstr. 88, Ruf 2419.

Volkszeitung
für
Baden

Erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einschl. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,05 zuz. DM — 54 Zustellgebühr. Bankverb.: Allg. Bankgesellschaft Mhm. Kto.-Nr. 140 77, Stadt Sparkasse Mhm. Kto.-Nr. 227, Postcheckamt Karlsruhe Kto.-Nr. 429 39. Anzeigenpreis: Siehe Anzeigenpreisliste 3. Anzeigen werden entgegengenommen in Mannheim, S 3, 10, Ruf 432 60, und in den Vertriebsstellen.

Jahrgang 5 / Nr. 30

Samstag, 4. Februar 1950

Preis 15 Pf.

Erbärmliche Almosen für die Kriegsoffer

Nur 80 statt 200 Millionen bewilligt

Bonn. EB. „Wenn hier etwas erbärmlich ist, dann ist es der Inhalt dieses Gesetzes. Dieses Gesetz ist nicht auf die ungeheure Not der Millionen Kriegsoffer zugeschnitten, die draußen auf die Einlösung ihrer Wahlzusage warten.“ Diese Worte standen im Mittelpunkt der großen Anklage, die Heinz Renner, der Sprecher der KPD-Fraktion im Namen der Millionen Kriegsoffer gegen das Kabinett Adenauer im Bundestag hielt.

In der Debatte um das Kriegsoffergesetz kam es zu heftigsten Auseinandersetzungen mit dem Bundesarbeitsminister Storch und den Sprechern der Opposition, deren Reden Storch als erbärmliche Demagogie hinzustellen versuchte. Eine Aeußerung, die er unter dem Druck des starken Protestes der Oppositionsparteien zurücknehmen mußte.

Das Gesetz ist auf die 80 Millionen DM zugeschnitten, die das Kabinett Adenauer bereits für das letzte Vierteljahr 1949 den Kriegsoffern versprochen hatte. Jetzt soll dieser Betrag auf das ganze Rechnungsjahr 1950-51 verteilt werden.

Im Kriegsoffer-Ausschuß hatten alle Parteien sich für eine Erhöhung der Leistungen der Kriegsoffer-Versorgung ausgesprochen, die eine Mehrausgabe von 120 Millionen DM zur Folge gehabt hätte. In einer Entscheidung hatten die Regierungsparteien das Kabinett Adenauer ersucht, ab 1. April 1950 gewisse kleine Verbesserungen zu gewähren, die ebenfalls nicht über den 80-Millionen-neuen Versorgungssatz bei den 80 Millionen DM bleiben würde, die das Kabinett Adenauer auch im neuen Gesetz den Kriegsoffern zu geben bereit ist.

Daß aber die CDU und FDP gewillt ist, den Generaln und Generalwitwen noch mehr zu geben, als sie jetzt schon bekommen, hat sich erst vor kurzem im Landtag Nordrhein-Westfalen bewiesen. Dort wurde von der CDU und FDP ein Gesetz beschlossen, das die Pensionen der Wehrmachtsbeamten von 180 DM pro Monat auf 280 DM erhöht. Für die Kriegskruppen und die armen Witwen

und Waisen haben diese Parteien aber kein Geld, während sie den Generaln und Generalwitwen noch mehr als bisher zur Verfügung stellen.

Im Namen der KPD-Fraktion brachte Heinz Renner nochmals den Antrag ein, die bisherigen Rentenbezüge um 60 Prozent zu erhöhen. Diesen Antrag, den die KPD bereits im November 1949 eingebracht hatte, und der schon zum zweiten Male von den übrigen Parteien des Bundestages abgelehnt wurde, wurde von CDU, FDP und SPD zum dritten Male niedergestimmt. Die Annahme dieses Antrages hätte bedeutet, daß der hundertprozentige Kriegsbeschädigte statt der bisherigen 100-DM-Rente 160 DM erhält. Selbst dies entspräche keineswegs dem Existenzminimum der Kriegsbeschädigten und liege weit unter den Sätzen, die CDU und FDP in Nordrhein-Westfalen den Wehrmachtsbeamten bewilligt haben.

Heinz Renner ermahnte zum Schluß erneut alle Kriegsoffer, mit ihrer organisatorischen Zersplitterung Schluß zu machen. Sie müssen endlich erkennen, daß eine gerechte Versorgung nur durch eine Einheitsorganisation im Kampf gegen die reaktionäre Adenauer-Regierung der Millionäre erreicht werden kann.

140 000 Deutsche ruhen in Stalingrad

Berlin. (dpa) Der sowjetische Oberstleutnant und Stalingradkämpfer Kusmenkow erklärte am Donnerstag im Berliner Haus der Sowjet-Kultur, daß in Stalingrad 142 700 Deutsche und über 46 000 sowjetische Solda-



Lohn- und Unterstützungserhöhung? „Wo wir doch selber notleidend.“

ten bestattet worden seien. Kusmenkow sprach aus Anlaß der siebenten Wiederkehr des Falles von Stalingrad.

Von den Belegschaften hängt es ab!

KPD-Gesetzentwurf über Mindesturlaub

Stuttgart. (E. B.) Die kommunistische Fraktion des württembergischen Landtages hat einen Initiativgesetzentwurf über den Mindesturlaub in der privaten Wirtschaft und im öffentlichen Dienst eingebracht. Der Entwurf besteht aus einem einzigen Artikel, der die bisherige in Württemberg-Baden

gesetzlich verankerte Urlaubsregelung um ein weiteres Jahr bis zum 31. März 1951 verlängern will. Bekanntlich haben die bürgerlichen Parteien im Vorjahr im Interesse ihrer kapitalistischen Auftraggeber, vor allem des Unternehmerverbandes der Metallindustrie, erklärt, daß sie eine weitere Verlängerung dieses Gesetzes für 1950/51 nicht dulden werden. Es wird nicht zuletzt von der Kraft der Belegschaften der Betriebe abhängen, die im vergangenen Jahr die weitere Sicherung des Urlaubsanspruches durch Proteste und Resolutionen unterstützten, daß eine Verschlechterung der Urlaubsregelung verhindert wird.

Ministerpräsident rechtfertigt Entnazifizierungs-Taktik

Alle Regierungsparteien verteidigen das System: Die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen — Abg. Leibbrand zeigt den Zusammenhang der Korruptionsfälle mit dieser Praxis auf

Stuttgart. (E. B.) Im Mittelpunkt der gestrigen Landtagssitzung stand der Fall May-Meyer. Der von der Regierung vorgelegte Entwurf über den Abschluß der Entnazifizierung bildete, mit dem Rechenschaftsbericht des Ministerpräsidenten die Grundlage für eine ausgedehnte Debatte. Außer den Kommunisten unterstützten alle Fraktionen die Rechtfertigung, die der Ministerpräsident der Praxis der Entnazifizierung angedeihen ließ. Der kommunistische Sprecher, Abgeordneter Leibbrand, wagte es als einziger, den Finger in die Wunde des ganzen Entnazifizierungs-Systems zu legen. „Mißstände“, so sagte er, „wie sie durch die Fälle May-Meyer ans Tageslicht gekommen sind, waren und sind nur möglich durch die Praxis, mit der das Befreiungsgesetz bei uns durchgeführt wird. Das Gesetz wurde mit der ganzen Strenge gegen die Kleinen angewandt. Die Härten, die dabei hervortraten, nahm man dann zum Anlaß, das Gesetz zu durchlöchern und zu umgehen. Aber das geschah nicht zugunsten der Kleinen, sondern zugunsten der Großen, die dann zu guter Letzt durch die größeren Maschen des Gesetzes hindurchschlüpfen.“

Unter diesen Umständen konnte die kommunistische Partei weder dem neuen Gesetzentwurf noch dem Nachtragsetz des Befreiungs-Ministeriums zustimmen. Ein kommunistischer Antrag, einen Ausschuß zur Überprüfung derjenigen Gnadenerlasse im Entnazifizierungsverfahren einzusetzen, bei

denen Sühnegelder und Verfahrenskosten mehr als 10 000 RM bzw. D-Mark betragen, wurde nicht angenommen. Der Landtag will lediglich sich die Liste der Begnadigungen — es handelt sich um rund 20 000 Fälle — vorlegen lassen.

Die Landtagssitzung, die der Volksvertretung das bisher gefüllteste Haus einbrachte, begann mit dem Rechenschaftsbericht des Ministerpräsidenten. Reinhold Maier fand dabei kein Wort zu den Massen der Entnazifizierten, die in der ersten Zeit die ganze Härte des Gesetzes zu spüren bekamen, jedoch, wie ihm der Abgeordnete Leibbrand vorwarf, sehr warme Worte für die eigentlich Schuldigen. Maier rechtfertigte dabei die gesamte Praxis der Umstufungen und der Gnadenerweise, die dazu führten, daß die wirklich Schuldigen zum Schluß besser davonkamen als die Mitläufer.

Abgeordneter Leibbrand sprach den Verdacht aus, daß man bei der Behandlung der Korruptionsfälle, indem man sich nicht über die skandalösen Zustände entrüstete, sondern über diejenigen, die sie aufgedeckt haben, heute einige unbequeme Leute kaltstellen wolle. Nachdem er die Kette der Korruptionsfälle aus der gesamten Praxis der Entnazifizierung erklärt hatte, entlarvte er die Vorwände, die der Ministerpräsident bei der Gnadenerweise zur Herabsetzung von Verfahrenskosten benutzt hatte. Der „arme Fabrikant“ Cäs, Besitzer eines Vermögens von 11,6 Millionen, sei von den Kosten von 40 000

DM, die man großzügig auf 8000 DM heruntergesetzt hatte, keineswegs so schwer getroffen, wie irgendein kleiner Angestellter, der durch die Entnazifizierung seine Stellung verloren habe.

Leibbrand fragte die DVP, die doch sonst so sehr dagegen aufgetreten sei, daß Beamte Abgeordnete sein könnten, ob es für einen Abgeordneten nicht einen größeren Gewissenskonflikt bedeute, wenn er an einem Tag als Fraktionsführer einer Regierungspartei mit der Staatsregierung über das Entnazifizierungsgesetz verhandle, und am anderen Tag der gleichen Behörde als Rechtsanwalt in einer Gnadensache komme.

Bei der Schaffung des Befreiungsgesetzes habe Maier erklärt, ein Mißerfolg des Ge-

setzes werde ein Mißerfolg der Demokratie in Deutschland bedeuten. Die Durchführung ist jedoch ein voller Mißerfolg geworden. Das lag nicht allein am Gesetz, entscheidend sei es, in welchem Geiste es angewandt und durchgeführt wurde. Nun legt man uns ein neues Gesetz vor. Man kann die Bestimmungen noch so gut machen: Wenn das Gesetz in der Hand derer bleibt, welche für die jetzige Gnadenerweise verantwortlich sind, dann wird es schlecht angewandt werden. Die Erklärung des Ministerpräsidenten hat unser Mißtrauen verstärkt. Man sucht nun einen Vorwand, um die letzten Schranken fallen zu lassen, um den wahren Schuldigen Tür und Tor zu öffnen, damit sie erneut ihren unheilvollen Einfluß ausüben können.

Gesamtdeutscher nationaler Kongreß kommt

Zentrales Organ der nationalen Front gebildet

Berlin. (EB) „Am 3. Februar 1950 werden in Berlin führende Männer und Frauen aller politischen Parteien und der Massenorganisationen der Deutschen Demokratischen Republik die Bewegung für Einheit und gerechten Frieden münden lassen in ein zentrales, repräsentatives Organ der Nationalen Front.“ Wilhelm Koenen hatte als Leiter des Sekretariats der Nationalen Front erklärt, daß die von zahllosen Werkstätten und Betriebs-Gewerkschaftsleitungen, von den fortschrittlichen Kämpfern in Wissenschaft und Technik, Kultur und Wirtschaft geforderte Zusammenfassung der demokratischen Kräfte in einem gesamtdeut-

lichen Spitzengremium in Kürze verwirklicht wird.

In der konstituierenden Sitzung des Landesauschusses Sachsen der Nationalen Front präziserte gestern Wilhelm Koenen die Bildung eines solchen zentralen Organs. Es wird zugleich der Auftakt zu einem noch stärkeren Kampf für die nationale Unabhängigkeit des deutschen Volkes in Ost und West sein.

Auf einem gesamtdeutschen, nationalen Kongreß wird die Nationale Front die Forderung aller Deutschen nach einem gerechten Friedensvertrag, Abzug der Besatzungstruppen und die Wiederherstellung der Ein-

heit Deutschlands überzeugend von Vertretern aller Bevölkerungsschichten erneut der Weltöffentlichkeit darlegen.

„Mit ihrem konsequenten Kampf um Frieden, Einheit und Demokratie muß und wird die junge Deutsche Demokratische Republik weiterhin beispielgebend wirken“, betonte Will. Koenen weiter. Die auch im Westen immer stärker werdende Friedensbereitschaft zeige deutlich, daß die Deutschen in den Westzonen beginnen, den Weg unserer Republik zu verstehen. „Es ist das dringlichste Gebot der Stunde, das ganze Deutschland zu einer Nation des Friedens zu machen.“

Im Streiflicht gesehen

Frauenjagd auf den Dächern von Turin
Turin. Die Turiner Polizei mußte alarmiert werden, um auf den Dächern der Stadt die Jagd nach einer nackten Frau aufzunehmen. Die 24jährige junge Frau war durch eine Dachluke ihres Hauses entwichen, weil ihr Mann, wie sie sagte, ihr Leben bedrohe.

Der Ehemann behauptete, seine Frau sei „hysterisch“ und verständigte die Polizei, die die Flüchtige erst nach längerer Jagd über die Dächer einfangen konnte. (Nach Reuter.)

30 Tote bei einem Autobusunglück in Kolumbien

Bogota. Bei einem Autobusunglück in der Nähe der nordkolumbianischen Stadt Cartagena verbrannten in der Nacht zum Freitag 30 Menschen. Die übrigen Insassen des Autobusses wurden verletzt. Das Fahrzeug war gegen eine Brücke gerast. (Nach Reuter.)

Vom Mord auf den Tanzboden
Bamberg. (dpa) Das Verschwinden eines 15jährigen Mädchens aus Kitzingen wurde

nach einem Bericht der Stadtpolizei vom Mittwoch aufgeklärt. Das Mädchen ist von einem 18jährigen Burschen erwürgt und in den Main geworfen worden. Der Bursche hatte das Mädchen zu einer Aussprache bestellt und es dabei niedergeschlagen. Anschließend ging er auf den Tanzboden, besuchte später sogar noch die Eltern der Ermordeten und beteiligte sich schließlich an der Suche nach seinem Opfer.

Dortmunder Wellensittiche mußten sterben

Dortmund. (dpa) In drei Dortmunder Vogelhandlungen, bei denen vom städtischen Veterinäramt kranke Tiere festgestellt wurden, sind am Donnerstag 73 Wellensittiche, Kanarienvögel und Papageien beschlagnahmt und getötet worden, weil der Verdacht bestand, daß sie Bazillen der Papageienkrankheit tragen. Das Veterinäramt hofft, daß damit der Bakterienherd für die in Dortmund aufgetretene Psittakose beseitigt worden ist.

In Dortmund sind insgesamt acht Menschen von Papageienkrankheit befallen. Eine Frau starb daran.

Schluß mit der Verfolgung der Anti-Demontagekämpfer

Telegramm des Verbandes tschechoslowakischer Freiheitskämpfer

Hannover. (EB) Es sind in letzter Zeit eine große Anzahl von Verteidigungskomitees für die Anti-Demontage-Kämpfer in Betrieben und Städten ganz Deutschlands gebildet worden, die mit dem Zentral-Verteidigungskomitee in Hannover in Verbindung treten, um ihre Arbeit zu koordinieren. Das Verteidigungskomitee, das auf Grund der vielen Zuschriften bisher nicht in der Lage war, allen Organisationen, Behörden und Einzelpersonen zu antworten, gibt jetzt in einem Informationsdienst, der an alle Beteiligten versandt wird, einen Ueberblick über die Verteidigungsarbeit und die große Zustimmung im ganzen Lande.

Von den in den letzten Tagen beim Verteidigungskomitee eingegangenen Telegrammen, Schreiben und Resolutionen erwähnen wir heute folgende:

Telegramm des Verbandes der Freiheitskämpfer in der Tschechoslowakei, der sich

im Namen seiner 150 000 Mitglieder, die in ihrer Mehrheit durch die jahrelange Hölle deutscher faschistischer Konzentrationslager und Kerker gegangen sind, schützend vor die von den britischen Militärbehörden angeklagten deutschen Kameraden stellte. Eine Entschließung der Jahreshauptversammlung der IG Metall, Ortsverwaltung Köln, wurde an den Hauptvorstand des DGB und an die Metallarbeiterzeitung weitergeleitet.

Entschließungen nahmen an: Die Generalversammlung der IG Bau Rendsburg; die Fachgruppenleitung der Hamburger Werften, Belegschaft der Firma F. H. Schule, Hamburg; das Unterkomitee der VVN-Altona; VVN-Pinneberg; VVN-Bergedorf; VVN-Ottensen; der Deutsche Musikerverband, Kreis Stormarn; KPD-Ortsgruppen Wesel und Finkenwerder, Teilnehmer von LLL-Feiern in Harburg und Bramfeld.

Weitere Zuschriften sandten die Landkreiskreisfunktionär-Konferenz der KPD Tirschenreuth/Bay.; KPD-Ortsgruppe Heilbronn-Böcklingen; Belegschaft der Firma Siegfried Eikelmann, Velberg (Rheinl.). Das Verteidigungskomitee erhielt größere Beiträge aus Betriebsversammlungen und Unterschriftenlisten mit mehreren hundert Namen, u. a. von den Belegschaften des Braunkohlen-Kombinats Nachterstedt, der Klöckner-Werke AG, Werk Piesberg, Thüringer Zellwolle AG/Schwarza, Stadtverwaltung Gröningen, Hauptkanzlei des Kreisrates Zittau, ein Telegramm im Namen von 14 500 Werktätigen der Chemischen Werke Buna in Schkopau.

Außer vielen persönlichen Schreiben erhielt das Komitee in Hannover Aufrufe von Hugo Meyer, Stuttgart, und von dem bekannten Schriftsteller Dr. Manfred Hausmann, Worswede/Bremen.

Atlantikpakt-Lieferungen - ohne das Volk!

Der großartige aktive Friedenskampf des französischen Volkes und sein Echo

Die zweiseitigen Abkommen zwischen den USA und den Empfänger-Ländern, die im Rahmen des Atlantik-Paktes Waffen erhalten, wurden nun unterzeichnet. Ohne daß damit abgewartet wurde, bis die europäischen Parlamente diese Abkommen ratifizierten, wurde mit den todringenden Lieferungen begonnen, denn die Zeit drängt für die Imperialisten.

Von geringfügigen Abweichungen und von der Höhe der Lieferungen abgesehen, haben die Verträge mit den einzelnen Ländern denselben Inhalt. Wenn schon die konservative Londoner „Times“ vom 28. 1. 1950 trotz aller Lobhudeleien über die „großzügige amerikanische Hilfe“ durchblicken läßt, „daß die Bedingungen streng sind“ und „nur formell auf Gegenseitigkeit beruhen“, daß die auf ein „Minimum“ herabgesetzten amerikanischen Militärmissionen auf etwa 50 der USA-Botschaft unterstellte Offiziere und Beamte in jedem Lande festgelegt wurden und daß Großbritannien schon bisher jährlich 1 Million Pfund Sterling für den Unterhalt der amerikanischen Flugplätze in England aufbringen mußte, dann sollten diese Hinweise den Kommentar, den Pierre Courtaud in der „Humanité“ vom 28. 1. 1950 an das Abkommen mit Frankreich knüpft, noch unterstreichen.

Courtaud hebt hervor, daß, obwohl der Text des Paktes zwei Monate lang geändert wurde, um seinen wahren Inhalt zu verschleiern, der Sprecher des Quai d'Orsay nicht sagen konnte, in welchen konkreten Fragen die französische Regierung ihren Standpunkt durchgesetzt habe. Er kommt zu der scharfen Feststellung, daß nach Abschluß dieses Vertrages

„die französische Armee offiziell als ein gewöhnliches Anhängsel der amerikanischen Armee betrachtet wird“

und die französische Wirtschaft unter Kontrolle der amerikanischen „Missionen“ in eine Kriegswirtschaft umgewandelt wird. Zur Beweisführung zitiert er den Artikel II des Vertrages, der

„die Produktion von Rohstoffen und die Übertragung von Halbfertigfabrikaten, die die USA brauchen, an die Regierung der USA in den verabredeten Mengen und zu den verabredeten Bedingungen während der ganzen Dauer des Vertrages“ vorsieht, was

„der völligen Unterwerfung der französischen Wirtschaft unter die Bedürfnisse der amerikanischen Geschäftsmacher“ gleichkommt. Die Konkurrenz der französischen Wirtschaft wird weiterhin dadurch abgedrosselt, daß sich die französische Regierung verpflichten mußte,

„auf amerikanischen Wunsch alle französischen Patente der Regierung auszuliefern.“

Es ist kein Wunder, daß angesichts dieses „Vertrages“ die französische Regierung ihre Maßnahmen gegen das französische Volk verschärfen muß, das sich gegen die Gefahren der Kolonisierung, des Krieges und des Aufgebens seiner nationalen Souveränität zur Wehr setzt. Eröffnete allen sonstigen Gepflogenheiten eröfnete der französische Staatspräsident Auriol die Offensive. Derselbe Auriol, der als sozialistischer Parteiführer am 12. 2. 1934 gegen die drohende Machtergreifung der faschistischen Feuerkreuzer zum Streik aufrief, wendet sich nun 16 Jahre später gegen den „Mißbrauch des Streiks zu politischen Zwecken“, obwohl die französische Verfassung das unbeschränkte Streikrecht vorsieht und obwohl ihm von den Gewerkschaften nachgewiesen wurde, daß der Kampf um den Frieden nicht nur ein politischer, sondern auch zugleich ein wirtschaftlicher Kampf ist, da durch die hohen Ausgaben für Rüstungen dem Sozialerwerb Gelder verloren gehen, die für die Erhöhung des Lebensstandards der Arbeiter Verwendung finden könnten. Auf derselben Linie liegt auch ein weiterer Vorschlag des Präsidenten Auriol, ein Gesetz zu beschließen, das Parlamentariern verbietet, verantwortliche Redakteure zu sein, damit diese keine parlamentarische Immunität mehr genießen. Arbeitern und Angestellten staatlicher Betriebe wurde die sofortige Entlassung angedroht, wenn sie aktiv für den Frieden eintreten, und, um auch die privaten Unternehmer scharf zu machen, wurde ihnen der Prozeß wegen Vertragsbruch angedroht, wenn sie ihre Kräfte nicht einsetzen, um Störungen von Kriegsmaterial-Transporten zu verhindern. Schließlich wurde schon das altbewährte Mittel der Reaktion, der Einsatz von Truppen zum Streikbruch, angewandt.

Doch alle diese Maßnahmen vermögen den Kampfeswillen der französischen Arbeiter und die Solidarität der Volksmassen mit ihnen nicht zu brechen. Mit der Wegerung der Hafenarbeiter von Marseilles, Kriegsmaterial für Indochina zu laden, und mit dem Solidaritätsstreik der Werktätigen von Marseilles begannen die Friedensaktionen über Worte und Resolutionen hinauszuwachsen. Seither weigern sich in allen großen Häfen, in Le Havre und Dunkirchen, immer mehr Hafenarbeiter und Soldaten, Atlantikpakt-Kriegsmaterial zu löschen und Material und frische Truppen für den Krieg in Indochina zu laden, bzw. auszuführen. Seither haben sich an verschiedenen Stellen die Eisenbahner diesen Aktionen angeschlossen und Kriegsmaterial stehen gelassen und sich trotz der drohenden Arbeitslosigkeit in einigen Fabriken die Arbeiter geweigert, Kriegsmaterial zu produzieren. Am Tage, an dem Auriol die schon erwähnten Maßnahmen ankündigte, gaben ihm Frankreichs Frauen eine Antwort, die ihm nicht entgangen sein konnte. 30 000 Pariserinnen kamen im Velodrome d'Horv zusammen, begrüßten begeistert die Abordnung der Hafenarbeiter und gelobten, lieber ihr letztes Stück trockenes Brot ihren Söhnen zu geben, als sie für die Profiteure der Milliardäre in den Krieg zu lassen.

Der großartige aktive Friedenskampf des französischen Volkes, der schon in Italien, Schweden, Dänemark, Holland und Belgien sein Echo fand, ist dazu angetan, die Worte zu bestätigen, die das der französischen Regierung nahestehende Blatt „Le Monde“ am 19. 1. 1950 in einem lichten Moment geschrieben hat:

„Die Autorität der französischen Regierung scheint schon begrenzt zu sein. Sie ist in gewisser Hinsicht nur noch frei, für das Land eine Politik zu wählen unter der Bedingung, daß sie sie nicht zu verwirklichen sucht. Nur das Recht, Erklärungen herauszugeben ist ihr noch übrig geblieben.“

Aus diesem Kampf müssen die deutschen Friedenskämpfer ihre Lehren ziehen, und sie müssen die Worte beherzigen, die Max Reimann auf einer Betriebsgruppensitzung

der Badischen Anilin- und Sodawerke in Ludwigshafen aussprach:

„Die französischen Arbeiter, die den Transport von Kriegsmaterial verhindern und die Waffen zerstören, geben den deutschen Werktätigen ein Beispiel dafür, wie man für den Frieden kämpft. Es ist nun Sache der Werktätigen in Westdeutschland, ebenfalls dafür durch erhöhte Wachsamkeit zu sorgen, daß nicht noch einmal Kriegsmaterial hergestellt und verwendet wird.“ F. U.

Kampf für die Verteidigung des Friedens

Kunstschaffende Westdeutschlands!

Der Weltkongreß der Kämpfer für den Frieden in Paris hat beschlossen, für die besten Filme, sowie die besten literarischen und künstlerischen Werke, die zur Festigung des Friedens zwischen den Völkern beitragen, jedes Jahr

3 internationale Friedenspreise in Höhe von je 5 000 000 Franken (ca. 50 000 DM) zu verleihen.

Die Stiftung hat zum Ziele, die Kunstschaffenden der ganzen Welt im Kampf für den Frieden zu ermutigen. Sie stellt damit auch die Künstler in Westdeutschland vor eine große und edle Aufgabe.

Das Komitee der Kämpfer für den Frieden in Westdeutschland, als Teil der Weltbewegung der Kämpfer für den Frieden, begrüßt diesen Beschluß aus vollem Herzen und ruft alle Kunstschaffenden Westdeutschlands auf, all ihre Kraft, ihre Inspiration und ihr Können einsetzen für dieses hohe Ziel, die Freundschaft zwischen den Völkern zu festigen und den Kampf für den Frieden, das heißt für das Leben zu gewinnen. In diesem Jahr ist der 1. April der letzte Termin für die Einsendung oder Hinterlegung der Werke.

Das Komitee der Kämpfer für den Frieden in Westdeutschland lädt alle interessierten Künstler im Westen unseres Vaterlandes, die bereit sind, diese hohe Verpflichtung gegenüber unserer Nation und allen friedliebenden Völkern der Welt zu erfüllen, ein, sich mit dem Büro des Komitees in Frankfurt a. M., Domplatz 12, in Verbindung zu setzen, wo ihnen bereitwillig alle Auskünfte sowie die Bedingungen der Verleihung der internationalen Friedenspreise bekanntgegeben werden.

Komitee der Kämpfer für den Frieden in Westdeutschland.

Für den heldenmütigen Kampf der Volksrepublik Vietnam

Regierungsappell an die deutschen Söldner in Vietnam

Berlin. (EB.) Der Ministerrat beschloß auf seiner Sitzung am Donnerstag, dem 2. Februar 1950, folgende Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik:

„Das deutsche Volk, die Deutschen des Saargebietes eingeschlossen, selbst bedrängt von angloamerikanischen und französischen Imperialisten, sieht in allen unterdrückten Völkern seine natürlichen Bundesgenossen im Kampf um die nationale Freiheit und um den Frieden.“

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erklärt daher ihre heiße Sympathie und Freundschaft für den heldenmütigen Kampf der Volksrepublik Vietnam um Freiheit und nationale Unabhängigkeit.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik stellt mit Entrüstung fest, daß tausende hungernde Deutsche durch Ausnutzung ihres Hungers und ihrer Verzweiflung, ihrer Angst vor Repressalien nach langer Internierung in die französische Fremdenlegation gebracht wurden.

Zehntausende junger Deutsche sind bereits auf dem Schlachtfeld in Vietnam gefallen und noch Zehntausende droht der Tod in diesem verbrecherischen Krieg der Imperialisten gegen die Volksrepublik Vietnam.

Hirohito für Bakterien-Experimente verantwortlich

Sowjetnote an Großbritannien

London. Die sowjetische Botschaft in London übermittelte dem britischen Außenministerium eine Note, in der gefordert wird, den japanischen Kaiser Hirohito wegen „Kriegsverbrechen“ vor ein internationales Gericht zu stellen. Wie ein Sprecher des Außenministeriums am Donnerstag mitteilte, werden Hirohito und andere japanische Persönlichkeiten in der Note beschuldigt, für Experimente an chinesischen und sowjetischen Kriegsgefangenen verantwortlich zu sein, die der Vorbereitung der bakteriologischen Kriegführung gegen die Alliierten dienen sollten.

Der sowjetische Botschafter in Washington Alexander Panjuschkin, hatte im amerikani-

nischen Außenministerium eine ähnlich lautende Note überreicht. (Reuter)

Französischer Kolonial-Imperialismus wütet

Paris. (dpa) Der französische Kolonialminister Jean Letourneau hat die Versammlungen und Kundgebungen der „afrikanischen demokratischen Sammlungsbewegung“ in allen französischen Besitzungen in Afrika verboten. Diese Bewegung versuchte in den letzten Wochen in den Dörfern und Städten der Elfenbeinküste die örtlichen Verwaltungsbehörden zu verdrängen und eigene Befehle an ihre Stelle zu setzen.

USA erwägen Vernichtung von 1,25 Mill. Tonnen Kartoffeln

Washington. Der amerikanische Landwirtschaftsminister Brannan teilt mit, daß beabsichtigt sei, 1,25 Mill. Tonnen Kartoffeln, für die kein Absatz besteht, auf chemischem oder biologischem Wege (natürliche Fäulnis) zu vernichten.

Dekan von Canterbury über Völkerfreundschaft

Berlin. (EB.) Auf der Jahreskonferenz der Gesellschaft Großbritannien-Sowjetunion wurde von den Konferenzteilnehmern einstimmig eine von dem Dekan von Canterbury, Dr. Johnson, eingebrachte Resolution gebilligt, in der die Freundschaft und die Erweiterung der Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion als die Garantie für die Unabhängigkeit Großbritanniens und für die Erhaltung des Friedens bezeichnet werden.

Peking. Demokratische Kreise aus Tibet richteten eine Botschaft an das tibetanische Volk, in welcher empfohlen wird, sich der chinesischen Volksrepublik anzuschließen. Tibet ist ein Teil Chinas.

Rom. 200 Mitglieder der neofaschistischen „Sozialbewegung“ führten einen Anschlag gegen das Parteibüro der KPI in dem stark bevölkerten Stadtteil Garbatella durch. 20 Personen wurden verletzt. Die Polizei verhaftete anschließend 100 der Angreifer.

Zuspitzung der Lage

Verhandlungen im amerikanischen Kohlenbergbau zusammengebrochen

Washington. Die Verhandlungen zur Beilegung der Vertragstreitigkeiten im amerikanischen Kohlenbergbau brachen am Donnerstag zusammen. Knapp eine Stunde nach Beginn der Besprechungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmervertretern am 2. Verhandlungstage verließ der Hauptunterhändler der nördlichen Bergwerksbesitzer den Konferenzraum und gab bekannt, daß die Verhandlungen abgebrochen worden seien.

Am Dienstag hatte sich Präsident Truman in dem seit Wochen bestehenden Streik, an dem bereits hunderttausend Bergarbeiter beteiligt sind, mit dem Vorschlag eingeschaltet, für 70 Tage die Streitigkeiten ruhen zu lassen. Inzwischen sollte sich ein Untersuchungsausschuß mit Feststellung der Tatsachen beschäftigen.

Der Bergarbeiterführer John Lewis hat wissen lassen, daß er noch vor Ende der Woche Präsident Trumans Angebot beantworten werde. Die streikenden Bergarbeiter verlangen neue Arbeitsverträge und eine Fünftagewoche (Reuter)

Wasserstoffbombe amerikanische Provokation

New York. (EB.) Präsident Truman hätte bei seiner Anweisung, die sogenannte Wasserstoffbombe bauen zu lassen, versuchen müssen, mit der Sowjetunion über eine Kontrolle der Atom-Energie zu einer Verständigung zu gelangen, erklärte der republikanische Abgeordnete Cole. Der Beschluß Trumans „provokiere“ die Sowjetunion. Ueberdies seien die USA gegen Angriffe mit Atomwaffen weitaus empfindlicher als die Sowjetunion.

Wasserstoff-Bombe und USA-Sorgen

Washington. (EB.) Selbst der Vorsitzende des Atomenergie-Ausschusses des amerikanischen Kongresses, Senator McMahon, mußte erklären, daß die USA ein Monopol auf die Wasserstoffbombe nicht besitze.

Es liegt der Gedanke nahe, daß die mit Theatereffekt inszenierte Entscheidung Präsident Trumans über den Bau der Wasserstoffbombe darauf berechnet war, zu erfahren, wie es auf dem Gebiet dieser Forschung in der Sowjetunion steht. Ein Rätselraten ist im Gange, ob die sowjetische Forschung nicht schon genau so weit sein könnte, wie die in den USA. Zweifel darüber werden nicht gelassen, daß ein möglicher zeitlicher Vorsprung der USA nur sehr kurz sein könnte.

Die diese Erörterungen anstellen, sind besorgt um das Gelingen ihrer Kriegspläne. Das stärkste und sicherste Mittel gegen die Wasserstoffbombe in der Hand der Kriegstreiber ist die wachsende Friedensfront in aller Welt.

„Polizei knüppelte in wilder Weise“ Studenten protestieren vor dem Pariser Verkehrsministerium

Paris. (dpa) Auf dem Boulevard St. Germain fand am Donnerstag ein großer Studentenaufmarsch vor dem Verkehrsministerium statt. Die Demonstranten wollen den Minister veranlassen, eine Studenten-Abordnung zu empfangen, die eine Halbierung der Transportgesetze für Studenten verlangte. Die Pariser Studenten sind durch die 30 bis 40prozentige Erhöhung der Untergrundbahn und Autobus-Tarife besonders hart betroffen.



Die Partei baut sich ihr Haus!

GENOSSE HILF MIT!

Nach dem „industriellen Herz“ Deutschlands, dem Ruhrgebiet, strecken die kriegslüsterne Imperialisten ihre Hand aus. Dort in den Brennpunkt der internationalen Politik gehört die Führung unserer Partei in Westdeutschland. In eigenem Hause muß unser Parteivorstand seinen Sitz haben. Deshalb, Genosse, hilf mit am Aufbau unseres eigenen Parteihauses in Düsseldorf. Fordere von deinem Zehnergruppenleiter die Sondermarken zur Finanzierung unseres Parteihauses. Beweise deine proletarische Solidarität und über-nimm bei dieser Sonderaktion die Patenschaft für erwerbslose Genossen, Rentner und Invaliden.

Mit der Erfüllung dieser Aufgabe in deiner Grundeinheit hilfst du, die Pläne der imperialistischen Kriegsbrandstifter zu durchkreuzen; denn das Haus unseres Parteivorstandes wird ein Bollwerk des Friedens sein.

Parteivorstand, Abteilung Kasse.

Für die Toten von Modena

Rom. (EB.) Der italienische Gewerkschaftsbund hat für ganz Italien den 9. Februar zum Gedenktag erklärt. Dieser Tag soll als Kampftag der italienischen Arbeiterschaft zur Erinnerung an die sechs Toten von Modena begangen werden. Von 10 Uhr bis 10.15 Uhr wird im ganzen Land Arbeitsruhe herrschen. Während dieser Arbeitsruhe wird in jedem Betrieb Stellung zur Bedeutung dieses Tages im Kampf der italienischen Arbeiter gegen ihre reaktionäre Regierung genommen.

Randbemerkungen

Der „Fortschritt“ des Generals Omar Bradley

Nach dem berühmten Muster eines weinland Reichspropagandaministers, bei dem die Welt immer im Banne seines Herrn und Meisters stand und dessen geniale Entschlüsse ehrfurchtsvoll bewunderte, ist auch die Anordnung des Präsidenten Truman hinsichtlich der Wasserstoffbombe in der US-Presse und den deutschen Kolonialblättern ausgewertet worden. „Trumans Anordnung wird in der Welt mit überwiegender Mehrheit gebilligt“ — so ungefähr lautet die „Sprachregelung“ zu dieser hochpolitischen Angelegenheit. Wer ist nun aber diese Welt, die angeblich mit solcher Genugtuung das Erscheinen der Wasserstoffbombe billigt oder gar begrüßt? Ist es etwa die Bevölkerung der Länder Europas, die von den Strategen in USA als Startplätze für die Wasserstoffbomben-Flugzeuge in Aussicht genommen sind, wie der „Flugzeugträger“ England oder Frankreich, Spanien, Skandinavien, vielleicht auch Italien oder „Tionien“? Oder freuen sich die Millionen Arbeiter, die in jenen von der amerikanischen Zeitschrift „Life“ als Atombombenziele angegebenen Brückenköpfe am Rhein wie Duisburg, Köln, Mannheim wohnen, daß sie nun im Falle einer „Aggression“ von Osten die „tausendmal stärkere“ Wasserstoffbombe zu erwarten haben? Nein, es sind die Stabschefs der US-Wehrmacht und die Senatoren, also die Träger der militärischen und politischen Verantwortung, durch deren Mund die Billigung der überwiegenden Mehrheit der Welt ausgesprochen wird. So äußerte sich General Omar Bradley, der Vorsitzende der vereinigten Stabschefs in USA, daß er zwar nicht wisse, welches die Auswirkungen der Wasserstoffbombe seien, aber: „Man kann den Fortschritt nicht aufhalten“ fügte der General hinzu. Die Amerikaner sind ja bekanntlich sehr für den Fortschritt — wobei nicht alles die Menschheit weitergebracht hat, was drüben als Fortschritt erscheint — aber vielleicht bringen diese Art Fortschritte seit Hiroshima das amerikanische Volk mit Siebenmeilenteufeln dahin, wo nur noch ein neuer Anfang ganz von vorne übrig bleibt. Wäre es nicht an der Zeit, diesen Fortschrittlern ihre verhängnisvollen Siebenmeilenteufel rechtzeitig fortzunehmen? Auch in USA muß ja der kleine Mann die Zeche bezahlen.

Vier Zentner aus Amerika

Vor einigen Tagen wurde in einer amtlichen Statistik festgestellt, daß die im vergangenen Jahr in der Hauptsache aus USA in die Westzonen importierte Lebensmittelmenge ungefähr 200 kg auf Kopf der Bevölkerung betrug. Unmittelbar darauf wurde bekannt, daß die Europahilfe-Leitung in ihrem Jahresbericht scharfe Kritik daran geübt habe, daß Westdeutschland den größten Teil seiner Europahilfe-Dollar für Lebensmittel-einfuhren ausgegeben habe. Die Bundesregierung tat tief gekränkt und antwortete auf diese amerikanische Rüge, daß sie ja gezwungen gewesen sei, die Lebensmittel aus den USA zu den Weltmarktpreisen erheblich übersteigenden inneramerikanischen Stützungspreisen zu importieren. Man kann wohl sagen, daß beide Partner ein gutes Geschäft auf Kosten des deutschen Steuerzahlers machen. Die amerikanischen Importeure erhalten die höheren Preise für die Lebensmittel und die Diktatoren der deutschen Wirtschaft und der Landwirtschaft konnten auch in Deutschland die Lebensmittelpreise durch den Trick der „Freigabe“ der Bewirtschaftung in die Höhe treiben. Diese Freigabe war natürlich nur möglich infolge der enormen Lebensmittel-Importe. Welche Katastrophe aber der „freien“ Ernährungswirtschaft in Deutschland droht, darüber machen sich die Profitmacher keine Gedanken — für sie ist ja auf jeden Fall der Tisch reichlich gedeckt.

Trottelparagraph und Auskunftspflicht für Beamte

Der Entwurf eines vorläufigen Beamtengesetzes, aus dem Bundesminister Dr. Heinemann der Presse Einzelheiten bekanntgab, übertrifft die schlimmsten Befürchtungen. So setzte sich Minister Dr. Heinemann für die Wiedereinführung des „Trottelparagraphen“ ein, nach dem „säumige Beamte entlassen oder in eine niedrigere Gehaltsklasse eingestuft werden können. Wie wäre es, wenn dieser Trottelparagraph gegen „säumige“ Beamte auf die für die Regelung der „Soforthilfe“ und der Arbeitslosenfrage verantwortlichen Minister angewendet würde? Die Verankerung der Auskunftspflicht der Beamten der Presse gegenüber hielt Minister Heinemann für eine „zweitrangige“ Frage. Wenn man an die Vertuschungsversuche bei den großen Korruptionsskandalen in letzter Zeit denkt, ist diese Haltung der Bundesregierung zwar verständlich, aber äußerst bedenklich.

Nicht mehr lange Franzosen leisten versprengten Kuomintang-Truppen Waffenhilfe

Hongkong. (EB.) Die vietnamesische Volksarmee hat Mitte Januar starke Kuomintang-Verbände, die die chinesisch-vietnamesische Grenze überschritten hatten, eingekesselt, meldet der Nachrichtendienst der Demokratischen Republik Vietnam. Französische Kolonialtruppen greifen zu Gunsten der Kuomintang-Verbände in die Kämpfe ein und versuchen den Ring zu sprengen.

Westeuropas Souveränitätsverlust

Moskau. (EB.) Die von den USA mit den einzelnen Signatar-Staaten des Nordatlantikkpakte abgeschlossenen Waffenlieferungs-Abkommen nennt die „Prawda“ in einem am Donnerstag erschienenen Artikel eine neue Kapitulation der Länder Westeuropas, die sich dem Diktat der Amerikaner in allen Punkten beugen mußten. Da die Vereinigten Staaten die Kontrolle über das gesamte Militärwesen ihrer Nordatlantikkpakt-Partner zur Bedingung machten, hätten diese ihre volle Souveränität verloren.

Italien protestiert gegen Atlantikpakt

Rom. (EB.) In allen Teilen Italiens fanden weitere Demonstrationen und Proteststreiks gegen das Waffenlieferungs-Abkommen mit den USA statt. Mehr als eine Million Werktätige in 25 Städten waren dem Aufruf der demokratischen Massen-Organisationen für Einigkeit im Kampf gegen Wehrtrüben und Kriegsgefahr gefolgt.

Caritas-Konferenz in Polen

Warschau. (EB.) In Anwesenheit von 1570 Delegierten — darunter 1213 katholische Priester und Mönche — wurde am Montag in Warschau die erste von der neuen Leitung des polnischen Caritas-Verbandes einberufene Nationalkonferenz eröffnet. Die Regierung hat beschlossen, dem Verband Unterstützungsgelder zur Verfügung zu stellen, damit die von ihm Betreuten nicht unter den Folgen der Mißwirtschaft der früheren Leitung zu leiden haben.

Für die Einheit der deutschen Landwirtschaft

Bauern, Landarbeiter und Agrarwissenschaftler wünschen gemeinsame Beratungen

Von Ernst Hansch, Berlin

In zunehmendem Maße bricht sich im deutschen Volke die Erkenntnis Bahn, daß die Aufspaltung unseres Vaterlandes, die Lostrennung des Ruhr- und Saargebietes und die Hintertreibung eines Friedensvertrages mit Deutschland durch die anglo-amerikanischen Besatzungsmächte schwere wirtschaftliche und politische Gefahren für die Existenz und die Zukunft Deutschlands in sich trägt und den Frieden Europas ernsthaft gefährdet. Die Adenauer-Regierung in Bonn leistet den Absichten der imperialistischen Kräfte weitgehendst Vorschub und trägt einen großen Teil der Verantwortung für die ersten Schwierigkeiten, die sich heute schon für Industrie und Landwirtschaft im Westen Deutschlands zeigen. Die Ergebnisse dieser „Regierung“ gegenüber der Wall Street geht soweit, daß sie gegenüber dem Nebel einer massiven Propagandawelle gegen die Deutsche Demokratische Republik und alle fortschrittlichen nationalen und demokratischen Kräfte die von den Amerikanern befohlene Remilitarisierung Westdeutschlands feierhaft vorbereitet. Die abenteuerlichen Kriegspolitiker der USA fordern nicht mehr und nicht weniger, als daß das deutsche Volk in den westlichen Besatzungszonen die Zerstörung Deutschlands anerkennt, sich der Grundlagen seiner Wirtschaft begeben, deutsches Land in sein Aufmarschgebiet für imperialistische Armeen verwandeln läßt und die kriegswütigen USA-Generale die deutsche Jugend als Söldnerarmee zur Verfügung stellt.

Es gibt nur eine Entscheidung

Die Spaltung Deutschlands und die Verwandlung Westdeutschlands in ein Übungs- und Experimentierfeld ausländischer Mächte kann von dem deutschen Volk niemals gebilligt werden. Vor die Wahl gestellt, Deutschland als Anhängsel der imperialistischen Westmächte zu sehen, oder die deutsche Einheit auf den Grundlagen des Fortschritts und der Demokratie zu verwirklichen, entscheidet sich das Volk für Deutschland; vor die Wahl gestellt, im Bombenhagel eines dritten Weltkrieges auch die übriggebliebenen Städte und Dörfer in Ruinen verwandelt zu sehen, oder aus eigener Kraftentfaltung die Ruinen des letzten Krieges zu beseitigen, Städte und Dörfer neu aufzubauen, unseren Umsiedlern ein Heim und unseren Kindern Schulen zu errichten, gibt es für das deutsche Volk nur ein klares „Nein“ für die Kriegsbrandstifter. Vor die Wahl gestellt, erneut auf Panzern im Hagel der Geschosse und Fliegerbomben das Land und das Leben anderer Völker zu zermalmen, oder auf unseren Traktoren im friedlichen Arbeitswettkampf die Felder der Heimat umzupflügen und einer friedlichen Zukunft entgegenzusehen, entscheidet sich unser Volk für das Leben, für eine glückliche Zukunft, und es wird dafür kämpfen!

DDR ebnet den Weg zur Einheit

Die Kraft und Entschlossenheit zum gemeinsamen Kampf aller fortschrittlichen nationalen und demokratischen Kräfte unseres Volkes wird durch die Erkenntnis der Gefahren, die durch die Aufspaltung unseres Vaterlandes hervorgerufen wurden, nur verstärkt werden können. Man kann nicht über den gemeinsamen Kampf für die deutsche Einheit sprechen, ohne klar und eindeutig auszusprechen, daß die Feinde der deutschen Einheit, die Feinde des Friedens im Lager der westlichen imperialistischen Länder stehen. Man kann nicht über Maßnahmen zum gemeinsamen Handeln aller fortschrittlichen nationalen und demokratischen Kräfte unseres Volkes sprechen und dabei außer acht lassen, daß die Deutsche Demokratische Republik eine staatlich organisierte Kraft des deutschen Volkes ist, der im Kampf um die Einheit des Vaterlandes und die Erhaltung des Friedens eine hervorragende Rolle zufällt. Denn dieser Staat ebnet mit der ganzen Wucht seiner wirtschaftlichen und politischen Kraft den Weg zur Einheit Deutschlands. Die Existenz der Deutschen Demokratischen Republik erfüllt die Freunde des Friedens und der deutschen Einheit mit Hoffnung, Zuversicht und Glauben an die Zukunft, denn sie steht den Millionenmassen unseres Volkes in dem ihm aufgezwungenen Kampf für Einheit und Frieden helfend zur Seite.

Bedeutende Investitionen für die Landwirtschaft

Trotz der bestehenden Spaltung Deutschlands und der sich hieraus auch für das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik ergebenden Schwierigkeiten wird die Wirtschaft, insbesondere auch die Landwirtschaft der Republik zusehends stärker. In der Landwirtschaft wurden in der Nachkriegszeit und werden gegenwärtig bei der Errichtung und dem Ausbau von Maschinenausleihstationen, Deckstationen, bei der Durchführung von ländlichen Bauvorhaben, der Entwicklung der volkseigenen Güter, der Saatzüchtung, der Dorfgenossenschaften und des bäuerlichen Beratungs- und Schulungswesens bedeutende Investitionen getätigt. Die Wirtschaftsplanung der Republik ist die sichere Grundlage, auf der unsere Landwirtschaft einer ständigen Weiterentwicklung entgegenzusehen; denn sie garantiert den Absatz aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die wir in harter Arbeit schaffen.

In Westdeutschland ist gerade die Land- und Forstwirtschaft ein besonderes Objekt amerikanischer Ausbeutung. Amerikanische Fleischimporte überschwemmen den Markt, führen Preisstürze und Absatzschwierigkeiten herbei, obwohl die Massen der Bevölkerung sich nur sehr dürftig mit den notwendigen Lebensmitteln versorgen können. Die Gemüsebaufläche in Westdeutschland ging als Folge der hemmungslosen Einfuhr ausländischen Gemüses und dessen Verkauf zu Schleuderpreisen bereits um 32 Prozent zurück. Obwohl die Landwirtschaft Westdeutschlands weder heute noch in absehbarer Zeit mit ihrer Erzeugung die deutschen Bedürfnisse befriedigen kann, befindet sie sich in Absatzschwierigkeiten auf allen Gebieten. Preisstürze, Landflucht, Zwangsverkäufe und Massenarbeitslosigkeit machen sich als Anzeichen einer herannahenden schweren Agrarkrise bereits bemerkbar. Der deutsche Außenhandel wird durch die Demontage wichtiger

Industriezweige gelähmt. Die Demontage in der Landwirtschaft dagegen vollzieht sich über die Zwangseinfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse und den Ruin deutscher Bauernwirtschaften. Selbst eine — in Westdeutschland erscheinende — amerikanische Zeitung sah sich zu der Feststellung gezwungen, daß ein weiteres Absinken der deutschen Landwirtschaft in den westlichen Besatzungszonen unvermeidlich sei. Der erforderliche Investitionsbedarf für den Bau von bäuerlichen Wirtschaftsgebäuden, Neusiedlungen, die Durchführung von Meliorationen und die Flurbereinigungen, die Errichtung landwirtschaftlicher Schulen und die Anschaffung landwirtschaftlicher Geräte und Maschinen erfordert einen Gesamtbeitrag von jährlich 5 Milliarden DM im Zeitraum von mindestens zwei Jahrzehnten. Da die Landwirtschaft eine geringere Profitrate abwirft als die Industrie, werden die Investitionen nicht zur Verfügung gestellt werden können, schlußfolgert die genannte amerikanische Zeitung und befürwortet lediglich eine jährliche Investition von 0,45 Milliarden DM. Befriedigt stellt diese Zeitung des amerikanischen Großkapitals abschließend fest, daß von diesen Mitteln auch erst ein Teil zur Verfügung steht und es somit ziemlich lange dauern dürfte, bis die deutsche Landwirtschaft ihr ehemaliges Verhältnis zum Produktionsstand des Auslandes wieder herstellen könne. Mit dieser Perspektive geht die westdeutsche Landwirtschaft in die kommenden Jahre. Daß solche Perspektiven dunkel und hoffnungslos sind, brauchen wir niemandem zu beweisen. Unsere Berufskollegen am Rhein, Main und an der Ruhr wissen das besser, da sie es täglich in der Praxis erleben.

Zusammenarbeit verhindert weitere Schäden

Die Bauern Westdeutschlands erkennen in immer stärkerem Maße, daß die Spaltung Deutschlands, die Ausbeutung Westdeutschlands durch das amerikanische Großkapital und die abenteuerliche Kriegspolitik der amerikanischen Imperialisten die Ursachen dieser Erschütterungen in der Landwirtschaft sind. Daher finden die Bestrebungen zur Zusammenarbeit der deutschen Land- und Forstwirtschaft gegenwärtig stärksten Widerhall in Westdeutschland. So wie sich in Auswirkung der Tatsache, die die Amerikaner in Westdeutschland geschaffen haben, heute Arbeiter und Angestellte, Ingenieure und Wissenschaftler, Kaufleute und Industrielle mehr und mehr zusammenfinden, um gemeinsam mit den fortschrittlichen nationalen und demokratischen Kräften der Deutschen Demokratischen Republik den Kampf um die deutsche Einheit zu führen, so kommen auch die Bauern, Landarbeiter, Diplomalbeiter und Agrarwissenschaftler aus dem Osten und Westen Deutschlands zusammen, um gemeinsam über Maßnahmen gegenseitiger Unterstützung und für den Abzug aller Besatzungstruppen, für den Abschluß eines Friedensvertrages zu beraten und für ein einheitliches demokratisches Deutschland zu kämpfen.

Die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der Landwirtschaft im Osten und Westen Deutschlands liegt auf vielen Gebieten vor. Sie ist dringend erforderlich, wenn weitere Schäden vermieden werden sollen. Niemand kann heute mehr einsehen, aus welchem Grunde die Vertreter der Land- und Forstwirtschaft im Osten und Westen unseres Vaterlandes nicht gemeinsame Schritte unternehmen sollen zur Bekämpfung der Pflanzenschädlinge, insbesondere des Kartoffelkäfers, zur Bekämpfung der Tierseuchen sowie zur Förderung von Maßnahmen, die dem Schutz unserer Landwirtschaft und des Waldes dienlich sind und die Weiterentwicklung der deutschen Agrarwissenschaft sicherstellen. Solche Beratungen und die sich daraus ergebenden Resultate können für beide Teile sehr nützlich sein und tragen darüber hinaus wesentlich dazu bei, den Weg zum gemeinsamen Kampf um die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes und damit die Wiederherstellung einer einheitlichen deutschen Landwirtschaft zu ebnen.

Gleiche Ziele im Osten und Westen

Mit dieser Zielsetzung haben bereits viele Gespräche zwischen namhaften Vertretern der Landwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik und der westlichen Besatzungszonen stattgefunden. In der Republik bildete sich bereits vor einigen Monaten ein Ausschuß zur Vorbereitung einer gesamtdeutschen Beratung der Land- und Forstwirtschaft, bestehend aus namhaften Agrarwissenschaftlern und führenden Persönlichkeiten unserer Landwirtschaft, insbesondere der VdGB, der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft und dem Zentralverband landwirtschaftlicher Genossenschaften. Auch im Westen, in Frankfurt, bildete sich ein solcher Ausschuß, der gleiche Ziele verfolgt. Der Widerhall, den die Vorschläge der Ausschüsse in der Öffentlichkeit fanden, war außergewöhnlich stark. Zahlreiche bekannte Persönlichkeiten der westdeutschen Landwirtschaft sagten ihre Mitwirkung und Teilnahme an einer solchen gesamtdeutschen Beratung der Land- und Forstwirtschaft zu. Unter den Zustimmungserklärungen befinden sich auch solche bäuerlicher Organisationen, die sich zu jeglicher Gemeinschaftsarbeit bereit erklären, in der Hoffnung und Erwartung, daß eine solche Beratung der gesamtdeutschen Landwirtschaft Nutzen und Vorteile bringt, Genossenschaftliche Verbände im Westen Deutschlands erklärten ihre Bereitschaft zur Mitwirkung, weil sie mit Recht erwarten, daß hierdurch die wirtschaftliche Zusammenarbeit bedeutend erleichtert wird.

Ueber den Rahmen solcher gemeinsamen Schritte hinaus muß jedoch Klarheit darüber bestehen, daß die Verwirklichung der Einheit der deutschen Landwirtschaft nur im Rahmen einer einheitlichen Deutschen Demokratischen Republik ermöglicht werden kann. Der Kampf um diese einheitliche



Ausschnitt aus dem Hafen des volkseigenen Fischer-Kombinats Sabinitz auf der Insel Rügen. Im Lauf dieses Jahres soll das Kombinat verstärkt werden, und schon bald wird sich die Zahl der stationierten Kutter verdoppeln

Deutsche Demokratische Republik ist ein Kampf der Millionenmassen aller Schichten unseres Volkes; auf dem Gebiete der Landwirtschaft ein Kampf der Millionenmassen der Bauern, Landarbeiter, Agrarfachleute und Wissenschaftler beiderseits jenes von den Amerikanern gezogenen tiefen Grabens durch deutsches Land, den wir Zonengrenze

Neue Pflüge der sowjetischen Landwirtschaft

Bereits mitten im Winter beginnen in der Landwirtschaft die Vorbereitungsarbeiten für die Frühjahrsbestellung. Je systematischer diese Vorbereitungsarbeiten durchgeführt werden, desto reibungsloser wird die Frühjahrsbestellung von statten gehen. Diese alte Bauernweisheit wird in den kapitalistischen Ländern gerade der kleine und mittlere Bauer wegen Mangel an finanziellen Mitteln nicht immer in die Tat umsetzen können. Um so mehr Sorgfalt wird diesem Prinzip in den vom Kapitalismus befreiten Ländern gewidmet. Außerdem werden alle Möglichkeiten ausgeschöpft, die Wissenschaft und Technik bieten, um moderne, landwirtschaftliche Geräte zur Verfügung stellen zu können.

So wurde jetzt für die Frühjahrsbestellung der Sowjetunion der Maschinenpark der Kolchos und Maschinenausleihstationen durch neue moderne Maschinentypen vervollständigt. Unter den neuen Maschinen sind Drei- und Fünfscharpflüge, mit denen man bei verschiedenen Bodenverhältnissen bis zu 27 cm tief pflügen kann.

Zur Bearbeitung schwerer Böden, wie sie in zahlreichen Gegenden Mittelasiens und Transkaukasiens vorkommen, hat die so-

nen. Die bevorstehende gesamtdeutsche Beratung der Land- und Forstwirtschaft, die die Zusammenarbeit auf breiterer Grundlage einleitet, wird ein Markstein sein auf dem Wege zur Einheit der deutschen Landwirtschaft. An dieser Beratung werden alle teilnehmen, die guten Willens sind und ohne Vorurteile das Zusammenwirken aller fortschrittlichen, wahrhaft nationalen und demokratischen Kräfte unserer Landwirtschaft begrüßen.

wjetische Industrie Pflüge mit einem Gewicht bis zu 1300 Kilo hergestellt. Für die Arbeit in den Weinbergen und auf Teepflanzungen wurden Spezial-Plantagenpflüge konstruiert, mit denen eine gleichzeitige Düngung der Pflanzen in einer Tiefe von 50 Zentimetern unter der Erde möglich ist. Außerdem wurden der sowjetischen Landwirtschaft neue Sämaschinen für die Getreideaussaat und für die schachbrettartige Anlegung von Mais- und Sonnenblumenkulturen zur Verfügung gestellt, durch die eine gleichmäßigere Pflege der Pflanzen und eine Erhöhung der Ernteerträge um vier bis fünf Doppelzentner pro Hektar erreicht wird. Auch für Aufforstungsarbeiten wurden neue ausgezeichnete Maschinen hergestellt.

Neue Tierzuchtfarmen

Im Jahre 1949 sind in der Kasachischen Sowjetrepublik etwa 100 Tierzuchtfarmen und 930 Geflügelfarmen angelegt worden. Die Nutzviehhöfe der Kasachischen Kolchos wurden systematisch vergrößert. Außerdem beschäftigen sich zahlreiche Kollektivwirtschaften der Republik mit Pelztier- und Bienenzucht.

Feststellung von Auswinterungsschäden

In der Praxis kommt es aus betriebswirtschaftlichen Gründen häufig schon im zeitigen Frühjahr darauf an, schnellstens zu entscheiden, ob ein Luzerne- oder Espartettfeld die ungunstigen Wintereinflüsse gesund überstanden hat, oder ob es ganz oder teilweise umgepflügt werden und an anderen Kulturen Platz machen muß. Da Wuchsproben an nach der Schneeschmelze entnommenen Pflanzen erst nach Verlauf von etwa zwei Wochen ein Resultat zeigen können, empfiehlt man in der sowjetischen Zeitschrift „Selektion und Samenbau“ 1949, Heft 3, auf Grund von Untersuchungen der Agrometeorologischen Station Poltawa die folgende, nur drei bis vier Tage dauernde Schnellmethode

Man entnimmt an einigen, je nach Lage, Bodenart, Schneedecke, Feuchtigkeitsverhältnissen unterschiedlichen Stellen des Ackers je zwei bis drei Proben, die aus mehreren Pflanzen mit einer Wurzellänge von etwa 15 Zentimetern bestehen, und läßt die noch anhaftende gefrorene Erde 12 bis 18 Stunden in einem kühlen Raum auf-tauen. Darauf erfolgt ein Abwaschen mit kaltem Wasser und Einbetten der Pflanzen bis an den Wurzelhals in Kästen mit feuchtem Sand, die in einem warmen Raum (etwa 20° C) aufgestellt werden. Der Sand muß feucht gehalten werden, Verdunstungsverluste sind zu ersetzen.

Nach drei Tagen werden die Pflanzen herausgenommen, gewaschen und ihr Zustand geprüft, indem man den Wurzelhals und den darunterliegenden Abschnitt sorgfältig mit Fingerdruck abfühlt. Erweist es sich, daß durch solchen Fingerdruck die

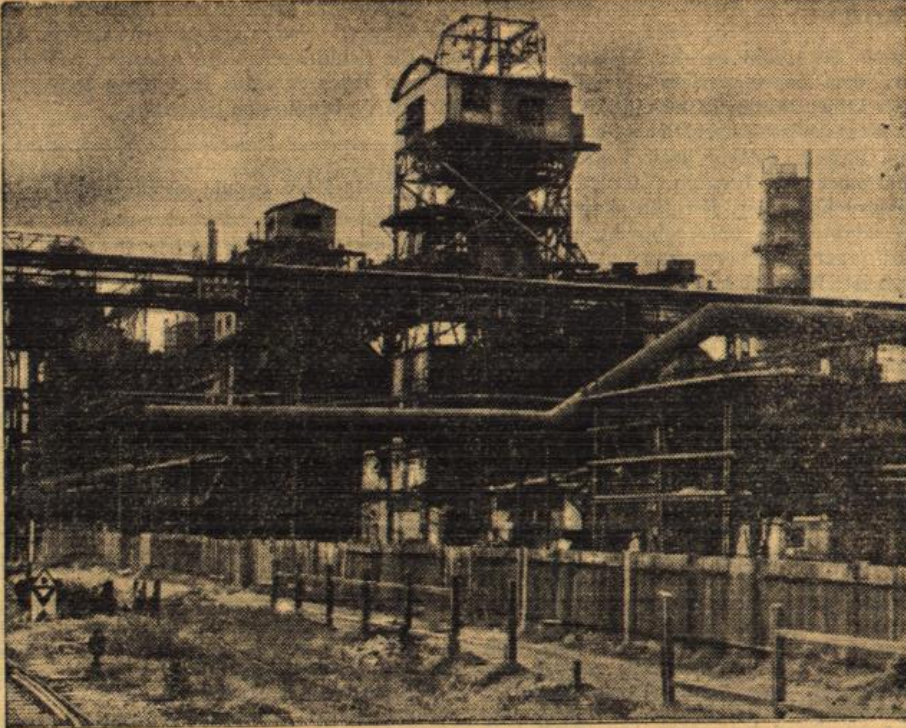
Wurzel und deren Hals deformiert werden und Einbuchtungen entstehen, daß die Wurzel schlapp und aufgeweicht ist, und die bei gesunden Pflanzen deutlich hervorretende Spannkraft (Turgor) fehlt, so ist die Wurzel als abgestorben anzusehen. Sind dagegen die Wurzeln fest, dann haben die Pflanzen den Winter überstanden, und es können nun nach der Anzahl der gesunden Pflanzen Rückschlüsse auf den ganzen Feldbestand gemacht werden. Mehrjährige Versuche haben die Brauchbarkeit und Zuverlässigkeit solcher Diagnose bestätigt. L.

Steigende Zahl von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften

Warschau. Im Januar registrierte die Vereinigung der polnischen Bauernselbsthilfe 73 neugebildete landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, die zirka 1900 Bauernwirtschaften mit 13 600 ha umfassen. Der entscheidende Faktor bei der Entstehung der Produktionsgenossenschaften in Polen ist das bisherige Beispiel einer vorbildlichen Wirtschaftsführung und die guten Ergebnisse, sowohl bei den Ernteerträgen, als auch bei der Viehzucht, die die Ueberlegenheit der gesellschaftlichen Form der Bewirtschaftung über die private Einzelwirtschaft unter Beweis stellen.

Obstbauförderung in Sachsen

In Sachsen wurden 1949 20 000 ha mit Gemüse bepflanzt, von denen 1000 ha der Pflanzenzucht dienen. Die Obstbaukulturfläche erhöhte sich um 786 ha auf 5508 ha, die Nutzfläche der Baumschulen um 58 auf 847 ha.



Kunstdünger ist eines der wichtigsten Produkte für die Landwirtschaft. In Westdeutschland werden die Betriebe, die Kunstdünger produzieren könnten, demontiert. Anders in der Deutschen Demokratischen Republik. Dort wird mit Hochdruck an der Herstellung von Kunstdünger gearbeitet, damit die Landwirtschaft in der Lage ist, die höchstmöglichen Hektar-Erträge zu erreichen. Blick auf das volkseigene Leuna-Werk, das hochwertigen synthetischen Stickstoff herstellt.

Kartoffelmieten nachsehen

Die gelinde Witterung der letzten Wochen hat die Temperatur in den Kartoffelmieten ansteigen lassen. Ueberall dort, wo die Temperaturen in den Mieten über 6 Grad Celsius liegen, ist bei offenem Wetter nachzusehen. Sind es Fäulnisherde, die die hohen Temperaturen bewirkt haben, dann müssen die Kartoffeln durchgesehen und durchsortiert werden. War es nur die allgemeine Erwärmung infolge hoher Außentemperatur, dann muß die Erde vom First abgenommen werden, damit die warme Luft entweichen kann. Hilft diese Maßnahme auch noch nicht, dann sind auch am Fuße der Mieten Oeffnungen anzubringen, die eine gute Luftzirkulation in der Miete ermöglichen. Vor stärkerem Frost sind die Oeffnungen wieder zuzumachen.

Speise- und Futterkartoffeln, die schon jetzt zum Keimen neigen, lassen sich mit den bekannten Keimverhinderungsmitteln, wie Agermin und Bikartol, mit gutem Erfolg behandeln. Die Mittel verursachen keine Verschlechterung des Geschmacks. Im Gegenteil, sie bewirken, daß die Kartoffeln im Frühjahr keine Keime bilden und deshalb mengen- und gütemäßig besser sind als unbehandelte Kartoffeln. Man benötigt für 500 Kilogramm Kartoffeln 1 Kilogramm des Keimverhinderungsmittels. Pflanzkartoffeln dürfen mit dem Mittel nicht in Berührung kommen.

Feldgemüsebau im landwirtschaftlichen Betrieb

Der Gemüsebau erfordert bekanntlich einen verhältnismäßig großen Aufwand an Arbeit, und zwar besonders an Handarbeit. Aus diesem Grund ist sorgfältig zu überlegen, welcher Flächenanteil dem Feldgemüse zugewiesen werden kann, zumal sich die für den Ertrag entscheidenden Arbeiten auf oft kürzeste Zeiträume zusammendrängen. Es treten zwar auch bei den anderen Feldfrüchten Arbeitsspitzen auf, von deren rechtzeitigem Bewältigen der gesamte Ertrag abhängen kann. Diese Arbeitsspitzen aber sind weder an Umfang noch an Fristgebundenheit mit denen zu vergleichen, die beim Feldgemüsebau entstehen. Die Erntearbeiten einiger Gemüsearten müssen in 3 bis 4 Tagen durchgeführt sein. Dabei erfordert beispielsweise die Ernte der gleichen Fläche Buschbohnen den sechsfachen Arbeitsaufwand wie die Kartoffelernte. Auch das Hacken und Jäten, das beim Gemüsebau von ausschlaggebender Bedeutung ist, muß schneller durchgeführt werden als bei den anderen Feldfrüchten, weil die Jungpflanzen teilweise schwächer, der Unkrautwuchs bei der erhöhten Düngung aber sehr stark ist. Eine wichtige Aufgabe ist es deshalb, den Feldgemüsebau unter Berücksichtigung der natürlichen Erzeugungsgrundlagen und der wirtschaftlichen Verhältnisse sorgfältig in die Arbeitstärken einzufügen, um einen gleichmäßigen Jahresarbeitsverlauf im landwirtschaftlichen Betrieb zu erzielen.

Die wichtigsten Arbeitsspitzen der landwirtschaftlichen Kulturen sind in zeitlicher Reihenfolge die Hackfrucht-, die Heuernte, die Getreide- und die Hackfruchternte. Zwischen diese Arbeitshöhepunkte müssen die Gemüse eingefügt werden. Die gefährlichste Arbeitsbelastung ergibt sich bei einer Ueberschneidung der Hackfrüchte mit dem Gemüsebau. Besonders die Herbstarbeitsspitze kann dadurch, z. B. bei starkem Kohlanbau, leicht übersteigert werden. Aber auch im Frühjahr können sich aus dem Zusammenfallen von Pflege- und Pflanzarbeiten lästige Rückwirkungen ergeben.

Arbeitswirtschaftlich gesehen, ist es in Betrieben mit starkem Getreidebau möglich, Zwiebeln, Möhren, Spät- und Winterkohlrut, die nach der Getreideernte anfallen, anzubauen. Erbsen und Buschbohnen dagegen können in Getreidewirtschaften, besonders bei starkem Getreide- und Roggenanbau, zu unliebsamen Arbeitstauungen führen.

Erbsenpflücke. Es sollten aber nur Frühsorten von Erbsen zum Anbau gelangen, damit die Pflücke vor Beginn der Getreideernte beendet ist. Zwischen Wintergersten- und Roggenernte werden die Frühbohnen gesteckt, die später an regnerischen Tagen während der Weizen- und Haferernte zum zweitenmal durchzugehen sind. Die feuchten Tage der Getreideernte eignen sich auch zum Pflanzen von Grünkohl. Die Ernte des Spätwirts schließt sich an die Hackfruchternte an; der Grünkohl gelangt erst im Winter zum Schnitt.

Die arbeitswirtschaftlich richtige Einfügung des Gemüsebaus in die Feldnutzung stellt zweifellos hohe Anforderungen an die technischen Kenntnisse und die Fähigkeiten der Arbeitsteilung des Bauern, verheißt dafür aber auch den hohen Gewinn einer dauernden und reichen Ertrag versprechenden Beschäftigung der Arbeitskräfte. Gefährlich ist jedoch eine Uebersteigerung des Gemüsebaus, weil die Arbeitsansprüche der Gemüsebauern schon bei geringfügigen Anbauverschiebungen zu unerträglichen Arbeitsspitzen führen können. Auf der anderen Seite bietet ein richtig eingegliedertes Gemüsebau nicht nur eine nutzbringende Ausfüllung der sommerlichen Arbeitstaler, sondern darüber hinaus auch für die Wintermonate Beschäftigungs- und Einnahmefähigkeiten.

Es tut sich etwas

-qu- Die Straßenbahnverwaltung hat sich einen Witz geleistet. Wir sind buchstäblich gerührt über die nunmehr entwickelte Aktivität in der Behebung bisheriger Mißstände. Um sich nicht nachsagen zu lassen, es würde nichts getan, hat irgendein heller Kopf nun doch etwas ausgekocht.

Die Fahrzeiten für die Linien auf der Strecke Ebertbrücke — Feudenheim betragen bisher — wie wir bereits einmal erwähnten — bei 9 Haltestellen ganze 10 Minuten. Daß das auf die Dauer, auch ohne Unfälle, ein unhaltbarer Zustand ist, scheint man — wahrscheinlich unter dem Druck der öffentlichen Meinung — nunmehr in der Collinstraße endlich eingesehen zu haben. Aus diesem Grunde leistete man sich eine Patentlösung, die unbedingt verdient, erwähnt zu werden.

Für die genannte Strecke werden in Zukunft nämlich nicht mehr 10, sondern 11 Minuten in den Fahrplan eingesetzt. Welch eine Errungenschaft unserer fortschrittlichen Straßenbahn-Verwaltung.

Wenn auch ansonsten einmal die Bremsen versagen, bei der Großzügigkeit der Verwaltung versagen sie nie. Daraus ist auch zu erklären, warum den Straßenbahnern der Linie Ebertbrücke — Feudenheim die herauskalkulierte eine Minute an den Pausen wieder abgezogen wird.

Jahrelang den Finanzausschuß und den Landtag düpiert

Monatspensionen von 500 bis 1500 für „notleidende“ entlassene Nazibeamte 13 Millionen im Haushaltsplan versteckt

In dem allgemeinen Getriebe um den Entnazifizierungsskandal ist ein weiterer skandalöser Vorgang, für den die Regierung ebenfalls die Verantwortung trägt, fast untergegangen. Am Mittwoch morgen, in einer kurzen Finanzausschußsitzung, entdeckte man plötzlich, daß dort für Pensionen entlassener Nazibeamte eine Summe von 3 Millionen Mark für das Rechnungsjahr 1949 (drei Viertel Jahr) in dem Betrag für die allgemeinen Beamtenpensionen versteckt war. Bei einer Ansprache ergab sich, daß bereits in den Vorjahren, nämlich seit 1947 jährlich eine Summe von 5 Millionen für diesen Zweck ausgegeben worden ist, ohne dies durch den Landtag genehmigen zu lassen.

Man stützte sich auf einen Erlaß des Staatsministeriums, der in besonderen Härtefällen für entlassene Beamte ein Wartegeld bis zu zweidrittel ihres Gehalts ermöglicht. Daß dies nur für Beamte mit geringer Belastung der Fall sein sollte, verstand sich am Rande.

Was förderte eine Nachprüfung der ausgegebenen Renten zutage? Der kommunistische Abgeordnete Schätzle griff die Sache im Plenum des Landtages auf. Zur „Milderung sogenannter Härtefälle“ werden z. B. an 987 Beamte Pensionen über 500 DM monatlich gezahlt, 88 Beamte beziehen „zur Linderung ihrer Not“ über 1000 DM monatlich und einer bekommt sogar 1500 DM. Währlich, die Regierung ist den „notleidenden“ Beamten gegenüber sehr großzügig. Ob die Kriegervitwen, die Kriegsverwundeten unserer „edlen“ Regierung Verständnis entgegenbringen, für diese „Hilfleistungen“? Sicherlich verschmerzte Renten erhöhen, wenn sie wissen, daß es wenigstens den entlassenen Beamten gut geht.

Wie leichtfertig überhaupt Pensionen bezahlt werden, erhellt durch ein Beispiel, daß der Abgeordnete Schätzle vorbrachte, wonach ein Mann, der vor 13 Jahren in seinem 40. Lebensjahre aus dem Staatsdienst krankheitshalber ausschied, heute Pension bezieht, obwohl er inzwischen Besitzer eines Kinos geworden ist, das ihm jährlich 40 000 DM einbringt.

Abgeordnete Schätzle wies darauf hin, daß die Kommunisten nichts dagegen haben, wenn man den Beamten, denen lediglich eine

Die Kriegsopter wurden billig abgespeist

Bei vielen Vorbehalten 20 Prozent Rentenerhöhung

Mannheim. -qu- Der Bundeskanzler Dr. Adenauer hat in wiederholten Regierungserklärungen den Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen versichert, daß es für die Regierung eine Selbstverständlichkeit sei, auch die Lage dieses Personenkreises durch eine geeignete Gesetzgebung zu verbessern. Die Kandidaten der Regierungsparteien haben vor der Wahl eine gleichlautende Zusicherung abgegeben.

Adenauers Geschenk Nunmehr hat der Bundestag in Bonn am Donnerstag endlich den Kriegsoptern ein Ueberbrückungsgesetz zur Kriegsopterversorgung präsentiert. Das Gesetz bringt angeblich eine Verbesserung von Leistungen an Kriegsopter.

Man spricht hier von einem 20prozentigen Zuschlag zur bisherigen Rente. Das könnte im ersten Moment den Eindruck erwecken, als sei wirklich eine Verbesserung in der Rentenversorgung für Kriegsopter zustande gekommen. Doch die Adenauer-Regierung hat absolut nicht das Bestreben, sich soziale Verdienste zu erringen.

Der Tropfen auf den heißen Stein Wie sieht aber die den Kriegsoptern gewährte Vergünstigung in Wirklichkeit aus? Wer kommt in den „Genuß“ der 20 Prozent? Zunächst einmal Betroffene, die minde-

stens zu 50 Prozent arbeitsunfähig sind. Weiterhin Witwen und Verwandte der aufsteigenden Linie, die Anspruch auf Rente besitzen. Nun kommt das ausgeklügelte Aber. Unter welchen Bedingungen gelangen die 20 Proz. zur Auszahlung?

Nur wenn das sonstige Einkommen die halbe Rente nicht übersteigt, oder der Berechtigte keine weitere Rente aus der Rentenversicherung, der Arbeiter- und Angestelltenversicherung wie auch der knappschaftlichen Rentenversicherung bezieht. Das ist ein Haken, der die Erhöhung der bisherigen Rente für weite Kreise der Kriegsopter illusorisch macht. Durch diese Patentlösung hat man die Opfer des Krieges wieder einmal nach bewährter Methode übers Ohr gehauen. Wenn aber die Adenauer-Regierung glaubt, dadurch die ihr offenbar lästigen Forderungen der Kriegsversehrten, Hinterbliebenen und Waisen endgültig abgetan zu haben, hat sie sich getäuscht. Die Hunderttausende von Opfern des Krieges wissen sehr wohl, wie man sie in den berühmten Einzelheiten des Adenauerschen Ueberbrückungsgesetzes an der Nase herumgeführt hat.

Der Verband der Körperbeschädigten, Sozialrentner und Hinterbliebenen, Kreisgeschäftsstelle Mannheim, nimmt zu dem Gesetz Stellung und schreibt dazu u. a.:

Die nackte Wirklichkeit „Der Regierung müßte bekannt sein, daß zwischen Lohn und Preis keine normalen Beziehungen mehr bestehen. Es dürfte der Regierung gerade aus diesem Wissen um so mehr klar sein, daß die Renten tatsächlich in überhaupt keinem Verhältnis mehr zu den heutigen Lebenshaltungskosten stehen. Daraus müßten sich nun zwangsläufig gewisse Konsequenzen ergeben. Was beschloß nun die Regierung? Die Kriegsbeschädigten, die keine Invalidenrente bekommen und deren sonstiges Einkommen 50 Prozent der Vollrente nicht übersteigt, sollen eine 20prozentige Teuerungszulage erhalten. Damit ist

den Kriegsbeschädigten unter gar keinen Umständen geholfen.

Wenn man sich überlegt, daß ein 80prozentig Beschädigter eine Rente von 80 DM pro Monat in Ortsklasse I erhält und wenn dieser Beschädigte gleichzeitig die halbe Invalidenrente in Höhe von 25 DM etwa zusätzlich bekommt, dann sei festgestellt, daß dieser Beschädigte, wenn er nicht in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden konnte, was vielfach zutrifft, mit seiner Familie über eine Gesamtrente in Höhe von 105 DM pro Monat verfügt. Es wirft sich die Frage auf, ob die Regierung und die Parlamentarier mit Blindheit geschlagen sind, weil ihr Verhalten durchaus den Schluß ziehen läßt, daß sie an Tatsachen vorbeigehen.

Auch ein Lebensstandard Alte oder erwerbsunfähige Witwen erhalten 2/3 des Jahresarbeitsverdienstes als Rente. Eine solche Witwe bekommt also monatlich eine Rente in Höhe von 60 DM und wenn der gefallene Ehemann Beiträge zur Invaliden- oder Angestelltenversicherung entrichtet hat, die halbe Rente in Höhe von 20 DM. Sie verfügt also über ein Einkommen aus Renten von insgesamt 80 DM pro Monat. Wenn man sich überlegt, daß hiervon noch die Miete zu entrichten ist, daß städtische Gebühren zu bezahlen sind, daß fernerhin der gesamte Lebensunterhalt vom Restbetrag bestritten werden soll, dann muß man sich fragen, wie sich die Herren in Bonn eigentlich die Lebenshaltung dieser geschlagenen Menschen vorstellen.“

Protest der Geschädigten Millionen Kriegsbeschädigte, Hinterbliebene, Sozialrentner und Waisen sind empört über die Neuordnung des Versorgungsgesetzes. Das ist keine Hilfe. Das Schreiben des VDK schließt mit den Worten:

... mit Bettelepfennigen und Almosen ist diesem Personenkreis keinesfalls gedient. Wir haben der Regierung sehr lange Zeit gelassen und hätten erwarten dürfen, daß in

Daimler-Benz Betriebsrat Stuttgart zum Entnazifizierungsskandal

Schreiben an den Landtag und die Staatsregierung — „Sollten wir feststellen...“

Stuttgart. (Iwb) Der Betriebsrat der Daimler-Benz AG in Stuttgart-Untertürkheim hat an den Landtag und die Staatsregierung von Württemberg-Baden, sowie an den amerikanischen Landeskommissar General Groß ein Schreiben gerichtet, in dem er die restlose Aufklärung des Entnazifizierungsskandals May-Meier fordert. „Sollten wir feststellen“, so heißt es in dem Brief, „daß es einer bestimmten Gruppe gelingt, die mit der Durchführung der Untersuchung Beauftragten abzuschleichen und dafür durch Leute zu erset-

zen, die aus bestimmten Gründen den Versuch unternehmen wollen, die bis jetzt festgestellten Tatsachen zu verschleiern und damit die ganze Angelegenheit auf die lange Bank zu schieben oder ganz verschwinden zu lassen, so werden wir schärfsten Protest dagegen erheben.“

In dem Schreiben wird weiter darauf hingewiesen, daß bisher kleine ehemalige Parteigenossen ihren finanziellen Verhältnissen entsprechend sehr streng bestraft wurden, während den „aus bestimmten Gesellschaftsschichten stammenden“ Tausende von Mark an Sühngeldern „geschenkt“ worden seien. Der Betriebsrat erwartet, daß diese Ungleichheit dadurch wieder gutgemacht werde, daß man die Schuldigen ohne Ansehen der Person und ihres Standes und ohne Rücksicht auf ihre Verbindungen bestrafe.

hatte dieser Herr gerade an diesem Tage in Karlsruhe zu tun?

Daß die übrige Karlsruher Presse davon überhaupt nichts brachte, verwundert mich keineswegs, aber dennoch gibt es in Karlsruhe und sicher auch in ganz Württemberg-Baden genügend Menschen, die gerne erfahren würden, was nun eigentlich mit der Vergangenheit des Herrn Landesdirektors und seinen Angaben im Fragebogen über diese Vergangenheit los ist. Warum schweigt man sich so eisern aus? N. A. Karlsruhe

nominelle Mitgliedschaft nachgewiesen werden kann, bis zu ihrer Wiedereinstellung ein Wartegeld gibt, das sie vor Not schützt, aber aus diesem Kann-Erlaß hat man stillschweigend, ohne den Landtag zu fragen, einen Maß-Erlaß mit weitgehender Auslegung gemacht.

Das „hohe“ Haus nahm von den Enthüllungen des Abgeordneten Schätzle nicht weiter Notiz. In dem Strudel der Skandalfälle ist dieser anscheinend nicht erwähnenswert. Bei der Abstimmung wurde ohne Widerrede seitens der drei Parteien SPD, DVP und CDU die in den Jahren 1947 und 1948 ausbezahlten 10 Millionen Mark sowie die vorveranschlagten 3 Millionen für 1949 bewilligt. Es wurde lediglich ein Antrag angenommen, der vorsieht, daß in Zukunft diese Position im Etat einzeln zu erscheinen hat.

Nationaltheater Mannheim Mannheim. In drei Vorstellungen (Samstag 4. Februar 20 Uhr, Sonntag 5. Februar 15 u. 20 Uhr) sind Hans Moser und das Ensemble des Münchner Volkstheaters in d. Schwank „Weekend im Paradies“ im Nationaltheater zu sehen.

Der Mantel des Schweigens

Eine Leserschrift

In Ihrer Nr. 16 — 3. Januarwoche 1950 — erschien ein Artikel „Unter Ausschluss der Öffentlichkeit“. (Anmerkung der Red.: In diesem Artikel geben wir bekannt, daß am 25. Januar Landesdirektor der Finanzen, Amend, vor der Zentralspruchkammer wegen vermutlicher Frage- oder Meldebogenfälschung erscheinen muß.)

Als eifriger Leser Ihres Blattes danke ich Ihnen für die freimütige Art der Abfassung dieses Artikels. Leider ist es wahr geworden, was Sie im vorletzten Satz so deutlich fragten: „Oder wird man auch darüber den Mantel des Schweigens breiten?“

Ich habe bisher alles versucht, über das Urteil oder den Verhandlungsverlauf irgend etwas zu erfahren. Auf allen Wegen, die ich dabei einschlug und auch Umwegen, wo dies

unmöglich. Sogar ein bei der Kammer Angestellter, der es eigentlich wissen müßte, schwieg. Ist er vielleicht so eingeschüchtert, daß er nichts wissen darf? Es ist kaum anzunehmen, daß in diesem doch immerhin mit Personal noch gut besetzten Hause, wo die Zentralspruchkammer, Berufungskammer und Ministerialabteilung untergebracht sind, das Resultat einer Kammerverhandlung nicht zu erfahren ist. Wer hat hier einen Druck ausgeübt, daß so eisern geschwiegen wird?

Es wäre interessant zu erfahren, ob es auf Wahrheit beruht, daß an diesem gleichen Tage, wo Landesdirektor Amend vor der Spruchkammer stand, also am 25. 1. 1950, der nun sehr bekannt gewordene Ministerialrat Ströble (bekannt aus der May-Meier-Maier-Affäre) bei der Spruchkammer in Karlsruhe war. Was

hätte er ihn beizeiten verhaften können und ihn sagen lassen, wo die Quelle ist, es gibt schon Mittel, um etwas herauszukriegen. Der Leutnant hatte ihn wie einen dummen Jungen behandelt. Und nun noch Florentine... man hörte ihre kreischende Stimme durch ganz Fonds Rouge. Wenn er es satt kriegte, ließ er sie sein schweres kupfernes Koppelschloß fühlen.“ Das

Vieleicht, dachte er, vielleicht könnte ich den Herrn Advokaten Sainville, der in der Gemeindevetretung sitzt, dazu bringen, daß eine Steuer auf das Wasser gelegt wird. Ich könnte die Einkassierung vornehmen und einen Teil beiseite bringen. Wollen mal sehen. (Ja, wir wollen mal sehen, ob die Bauern sich das gefallen lassen würden.) In den letzten Tagen arbeiteten sie an der Quelle selber, am Kopf des Wassers, wie sie es nannten. Sie haben Punkt für Punkt Manuels Angaben befolgt. Manuel ist tot, aber er ist es noch immer, der sie führt. Es kommt jemand auf Deliras Hof, eine große, schöne Negerin: es ist Annaise. Delira sieht sie kommen und ihr Herz freut sich.

„Guten Tag, Mama“, sagt Annaise. „Ach, guten Tag, meine Tochter“, antwortet Delira. „Du wirst dir die Augen verderben“, sagt Annaise. „Laß mich das Kleid für dich stopfen.“ „Ich muß mich doch mit etwas beschäftigen. Ich nähe und nähe und denke an die Vergangenheit. Ach, Anna, wenn man doch das Leben auch ausbessern könnte, die zerissenen Fäden wieder aufnehmen, ach Gott, aber das ist unmöglich.“

„Manuel sagte mir, ich höre es noch, als wenn es gestern gewesen wäre. Er sagte zu mir: Das Leben ist ein Faden, der nicht abreißt und sich nicht verwirrt, und weißt du, warum? Weil jeder Mensch in der Zeit seines Lebens ein Stück anknüpft: das ist die Arbeit, die er geleistet hat, und das hält das Leben lebendig durch die Jahrhunderte: das Wirken des Menschen auf der Erde.“

„Mein Junge war ein Mann, der viele Gedanken hatte“, sagte Delira voll Stolz. „Liedfetzen drangen zu ihnen, es hörte sich so an, wie „hoho ehneh, oh-koenheho“, und die Trommel jubilierte, sie stot-

dieser langen Zeit wirklich etwas für uns getan wird. Ein Ueberbrückungsgesetz wie es uns heute präsentiert wurde, kann und darf keine endgültige Lösung sein.“

... und der Kommunistischen Fraktion Das Gesetz stieß im Bundestag auf eine starke Opposition seitens der Linksparteien. Die Kommunistische Fraktion geißelte das unsoziale Verhalten der Regierung gegenüber den Körperbeschädigten. Schließlich wurde mittels des sogenannten „Hammel-sprungs“ — die Abgeordneten betreten durch eine „Ja“- oder „Nein“-Türe den Saal — eine genaue Uebersicht über die Ja- oder Nein-sager herbeigeführt. Die Opposition blieb in der Minderheit. Die Regierungsparteien haben allein die Verantwortung für dieses unsoziale Gesetz zu tragen.

Polizeistreiflichter

Paragraph 218 fordert wieder ein Menschenleben Infolge einer an ihr vorgenommenen Abtreibung verstarb im Städt. Krankenhaus eine 26jährige Kontoristin. Auch die Frau, die die Abtreibung vornahm, konnte ermittelt und verhaftet werden. Nach ihrem eigenen Geständnis hat sie seit September 1949 in abtreiberischer Absicht etwa fünf Eingriffe an der Verstorbenen vorgenommen. Der letzte Eingriff am 31. 1. 1950 führte zum Tode. Die Verhaftete steht in dringendem Verdacht, weitere Abtreibungen, die tödlich verlaufen sind, vorgenommen zu haben. Entsprechende Ermittlungen sind im Gange.

Fundsachen beim Straßenbahnglück

Mannheim. Bei einem schweren Straßenbahnglück am 26. Januar ds. J. an der Straßenzugung Schimper — Karl-Benzstraße wurden an der Unfallstelle und in den beschädigten Straßenbahnwagen eine Reihe von Bekleidungsstücken wie Hüte, Mützen, Damenschuhe, Handschuhe, Schals und einige andere Gegenstände wie Taschenschmuck, Küchenmesser, Kämme, Schlüssel usw. vorgefunden. All diese Gegenstände wurden von der Kriminalpolizei in Verwahrung genommen. Personen, die mit dem Unglückswagen gefahren sind und derartige Sachen vermissen, werden gebeten, sich an die Kriminalpolizei Mannheim zu wenden. Auch diejenigen Personen, die den entgleisten Straßenbahnzug als Fahrgäste benützt, sich aber noch nicht bei der Kriminalpolizei gemeldet haben, werden gebeten, dies umgehend zu tun und sich mit der Kriminalpolizei in L 6, Zimmer 122, in Verbindung zu setzen.

Man angelte im Schaufenster

Es mußte schnell geschehen und so beschränkten sich die Unbekannten darauf, nur ein kleineres Loch in das Schaufenster eines Ladens in den T-Quadranten zu schneiden und dann mittels Hakens aus der Auslage Leibenden, Gummistrümpfe und Büstenhalter zu angeln. Bis der Einbruch entdeckt wurde, war es zu spät.

Verkehrregeln allein sind kein genügender

Unfallschutz Weil der Fahrer eines Personewagens einem vor rechts kommenden Motorrad nicht die Vorfahrt überließ, kam es an der Straßenzugung N 4/M 3a zu einem heftigen Zusammenstoß. Der Leidtragende war der Motorradfahrer, dessen Motorrad schwer beschädigt wurde, während er selbst einen Nasenbruch und eine Gehirnerschütterung erlitt.

Kappenabend bei Spielvereinigung 07

Mannheim. Die Spielvereinigung 07 veranstaltet am Samstag, dem 4. 2. in ihren neu erstellten Vereinsräumen an der Autobahn, in Verbindung mit der Eröffnung des Wirtschaftsraumes einen großen Kappenabend. Beginn 20.11 Uhr. Alle Mitglieder, Freunde und Gönner des Vereines sind herzlichst eingeladen. — Für Stimmung und Humor ist bestens gesorgt.

JACQUES ROUMAIN



VERLAG VOLK UND WELT BERLIN

28. Fortsetzung (Schluß)

Aber eins noch — und sie wurde wieder erst — „eins noch: vom heutigen Tage an sind wir Verbündete; ich bin nicht hier gewesen, versteht ihr? Und Manuel ist am Fieber gestorben, versteht ihr mich genau? Mach ein Kreuzzeichen über euren Mund.“ Sie gehörten.

„Gelobt es.“ Die Bauern schlugen sich dreimal an die Brust an der Stelle des Herzens und erhoben die Hand zum Schwur. „Wir geloben es“, sagten sie.

Delira betrachtete einen Augenblick ihre Gesichter. Ja, sie waren vom Schläge der guten Bauern: einfach, offen, ehrlich. „Larivoire, lieber Vetter“, sagte sie, „laß noch eine Woche vorbeigehen. Wir müssen die Trauergebräuche befolgen. Dann aber komme mit ihnen zu Laurelien, gleich nach Sonnenaufgang. Meine Leute werden euch erwarten. Und dann wird euch meine Schwiegertochter Annaise zur Quelle führen. Sie kennt die Stelle. Die Tauben schlagen im Laub mit den Flügeln...“

Ach was, jetzt rede ich schon dummes Zeug. Das kommt, weil ich sehr müde bin, Freunde, die alte Delira, wie sie hier vor euch steht, hat sie keine Kräfte mehr, nein, kein Bröckchen mehr. Ja, also da sag ich euch denn gute Nacht, ja.“

„Warte“, sagte Larivoire. „Similien wird dich nach Hause bringen.“

„Aber nein, Larivoire, aber nein, das ist nicht nötig, bei aller Höflichkeit. Es ist Mondschein, und es ist sternhell. Ich kann meinen Weg sehen.“

Und sie ging in die Nacht hinaus. ENDE UND ANFANG Blenaine druselt unter dem Flaschenkürbisbaum. Der kleine Hund liegt vor dem

„Ich werde nicht bis zum Plateau gehen“, sagt Delira. „Hier ist ein großer Stein, der ist wie geschaffen als Sitzplatz.“ Die beiden Frauen setzten sich. Die Ebene lag in heißer Mittagglut zu ihren Füßen. Zur Linken sahen sie die Hüten von Fonds Rouge liegen, mit den verbrannten Flecken der Gärten. Die Savanne erstreckte sich weithin in gewaltigem Licht. Aber quer durch die Ebene lief die Schramme des Kanals auf die Bayahondas, die für einen Durchgang ausgehakt worden waren. Und wenn man gute Augen hatte, konnte man in den Aeckern die Linien der ausgehobenen Gräben erkennen.

„Dort sind sie“, sagt Annaise und zeigt auf einen bewaldeten Hügel. „Dort arbeiten sie.“ Die Trommel tobte, die rasenden Schläge schwirren über die Ebene und die Männer sangen:

„Manuel Jean-Joseph, du tapferer Neger — eh heho!“

„Hörst du, Mutter?“ „Ich höre“, sagt Delira. Bald würde sich die Ebene mit hohem Gras bedecken; in den Gärten werden Bananen, Mais, Bataten und Yamswurzeln wachsen und rosa und weißer Ocleander, und all das war Manuel zu danken.

Der Gesang schwieg plötzlich. „Was geschieht da?“ fragte Delira. „Ich weiß nicht — nein.“ Und dann brach ein ungeheurer Lärm los.

Die Frauen erhoben sich. Die Bauern kamen den Berg heruntergerannt, sie warfen ihre Hüte in die Luft, sie tanzten, sie küßten sich.

„Mama“, sagte Annaise mit merkwürdiger schwacher Stimme, „das Wasser kommt.“ Ein schmaler Silberstreifen drang in der Ebene vor, und die Bauern begleiteten ihn schreiend und singend.

Antoine marschierte an ihrer Spitze und erschlug seine Trommel mit stolzer Würde. „O Manuel, Manuel, Manuel, warum mußt du sterben?“ stöhnte Delira. „Nein“, sagt Annaise, und sie lächelt durch ihre Tränen, „nein, er ist nicht tot.“

Sie nimmt Deliras Hand und drückt sie sanft an ihren Leib, in dem neues Leben wächst.

(Mexico, 7. Juli 1944)

CDU-Bürgermeister Heurich wollte kneifen

Heikle Anfragen der KPD an die Karlsruher Stadtverwaltung

Karlsruhe. Außer den beiden Anfragen der KPD-Fraktion enthielt der öffentliche Teil der letzten Stadtratssitzung wenig bedeutungsvolle Punkte. Die offensichtlich Verletzungen der Geschäftsordnung durch Bürgermeister Heurich seien nur am Rande erwähnt. Er hat sich anscheinend die bereits sprichwörtliche Unfähigkeit seines Parteikollegen vom Bonner Bundestag, Dr. Köhler, zum Vorbild genommen.

Nahverkehr Karlsruhe-Berghausen

Für die Erweiterung der Omnibuslinie Durlach-Grötzingen als Zubringerlinie bis Berghausen benötigt die Stadt einen zusätzlichen Aufwand von 54000 DM, während die Einnahmen auf 56000 DM geschätzt werden. Stadtrat Dietz (KPD) begrüßte es, daß endlich dem starken Berufsverkehr Rechnung getragen werde, bemängelte jedoch die vorgesehenen Tarife, wodurch die in der Grötzingener Siedlung wohnenden Arbeiter benachteiligt würden. Auf Antrag der KPD soll der Tarif für Schülerkarten auch auf Lehrlinge, Gewerbeschüler und Studenten ausgedehnt werden. Stadtrat Berggötz (CDU) forderte in diesem Zusammenhang eine weitere Linie nach Durlach-Aue.

Verschiedene Sprecher wandten sich gegen die vorgesehenen Fahrpreise, wobei sich herausstellte, daß der Nahverkehrsausschuß bei gewissen Fragen vollkommen übergegangen wurde und seit 3 Jahren nicht mehr getagt hat. Stadtrat Dietz brachte darum den Zusatzantrag ein, den Werks- und Nahverkehrsausschuß unverzüglich einzuberufen. Dort soll dann eine Überprüfung der von den städtischen Werken ausgearbeiteten Tarife vorgenommen und die Einrichtung einer Linie nach Durlach-Aue und Wolfartsweier erörtert werden.

Unbenutzte Nebenräume der Stadtverwaltung Die zum zweitemal gestellte Anfrage der KPD-Fraktion über die seit drei Monaten leerstehenden Büroräume im stadteigenen Gebäude Kriegsstraße 200, deren Verwendung durch das Tauschen verschiedener städtischer Dienststellen bis heute verzögert wurde, wurde von Bürgermeister Heurich völlig unge-

nügend beantwortet. Er sprach von eingesetzten Kommissionen, von starken Bemühungen des Bürgermeisters und allem möglichen, nur nicht von den direkt Verantwortlichen. Durch Stadtrat Dietz (KPD) und Sprecher anderer Fraktionen merkte man die Enge getrieben, mußte er schließlich die grobe Schuld der Stadtverwaltung an diesem Mißstand eingestehen, ohne auch hier wiederum die bürokratischen Drahtzieher zu desavouieren.

Senkung des Arbeiterwochenkarten-Tarifs Die 2. Anfrage der KPD-Fraktion bezog sich auf den von den Arbeitern der Firma Haid & Neu durch den Betriebsrat gestellten Antrag auf Senkung der Preise für Arbeiterwochenkarten auf den Stand vor der Tarif-erhöhung und die Ausweitung der Lohngrenze. Die Stadtverwaltung versuchte die Verzögerung dieses Antrags mit den in anderen Städten vorgenommenen Erhebungen zu entschuldigen. Hätte man dieser sozial gerechtfertigten Forderung wirklich nachkommen wollen, wäre ein solches Manöver nicht notwendig gewesen. Immerhin versprach Beigeordneter Dr. Ball, daß in spätestens 10 Tagen darüber entschieden werden könne.

Aufmarsch der Hausbesitzer Nicht immer waren die Zuhörerbänke so voll besetzt, wie diesmal. Ueber das Warum

gab es nur zwei Eingeweihte: Stadtrat Dr. Werber (CDU), Oberbürgermeister und im Nebenamt Vorsitzender des Grund- und Hausbesitzervereins, und sein Parteifreund Bürgermeister Heurich. Am Schluß der öffentlichen Sitzung klärte sich das Rätsel. Dr. Werber stellte den Antrag, die Zwangsbeiträge der für 1949 geschuldeten Entrümmrungsumlage bis zur Entscheidung der anhängigen Verwaltungsgerichtsklage aufzuschieben.

Zwar war der Antrag rechtzeitig eingereicht, den anderen Fraktionen aber nicht zu gestellt worden. Ein Regiefehler der Stadtverwaltung, oder Absicht im Sinne eines Ueberfalls? Wir vermochten das noch nicht zu klären. Jedenfalls verhinderte die Mehrheit des Kollegiums die Behandlung des Antrags und Dr. Werber kann sich dafür bei seinem Freund Heurich bedanken. Praktisch wurde aber vom Stadtkämmerer dem Antrag entsprochen, der heilig versicherte, daß vorläufig keine Zwangsvollstreckung erfolge.

Im Grunde geht es bei diesem Streit um mehr, nämlich die Umlegung der Entrümmrungsumlage auf die Mieter. Das ist das Ziel des Hausbesitzers, denn anders kann man sich die über 3000 versäumten Forderungen durch den Karlsruher Hausbesitz nicht erklären. Man verzögert, in der Hoffnung, die Lasten doch noch abwälzen zu können.

Film der Woche in Mannheim

Capitol: „Unruhiges Blut“

Fünf Tote aus einem Doppelmord, einer Hinrichtung, einem Unfall und einer Entbindung resultierend, gibt es in diesem J. Arthur Rank-Farbfilm. Eine Frau, die dem Geliebten den Mord an ihrem Mann und ihrem Onkel nachsieht und ihn sogar heiraten will, die diesen Geliebten aber an den Galgen bringt, als sie auch ein Kind durch den verbrecherischen Wahn dieses Mannes bedroht glaubt, ist die Trägerin einer an die Schicksalstragödie anklingenden Handlung. Es geht um einen englischen Herrensit, dessen rechtmäßiger Besitzer in dienender Stellung auf dem Erbe seines verstorbenen Vaters alle Demütigungen schlucken muß, weil er ein uneheliches Kind ist und die Legitimierung durch eine vermutete Hochzeit seiner Eltern in Italien nicht nachweisen kann. Wohl fällt ihm das Weib seines Dienstherrn zu, wohl kann er, von seinem unruhigen Blut und seinem leidenschaftlichen Streben nach seinem ihm vorenthaltenen Besitz getrieben, seine Widersacher aus dem Wege räumen, aber Clare Hall bleibt ihm unerreichbar. Er endet am Galgen und seine Geliebte im Wochenbett.

Diese Morität hat den Vorzug, in das prunkvolle Gewand gekleidet zu sein, das ein feudaler englischer Herrsitz in der Mitte des vorigen Jahrhunderts an gesellschaftlichem Flitter und landschaftlichen Reizen zu bieten vermag. Sie wird außerdem aus der Fragwürdigkeit und Unbegreiflichkeit ihres sittlichen Gehalts emporgehoben durch das außergewöhnliche Spiel

von Valerie Hobson als Blanche, und von Stewart Granger als der illegitime Fury.

Palast

„Unschuldig verurteilt“

Es ist eine große Seltenheit, daß unter den vielen Kriminalfilmen, die die Filmproduktion beherrschen, einmal einer zu finden ist, der nicht nur in bezug auf Spannung und Dramatik des Geschehens hohen Anforderungen genügt, sondern der auch rein menschlich den Zuschauer packt und außerdem noch von nachhaltiger psychologischer Wirkung ist. Der englische Film „Unschuldig verurteilt“ verdient dieses hohe Lob in jeder Hinsicht.

Ein Unschuldiger muß für einen aus Eifersucht begangenen Mord an einer Frau mit 15 Jahren büßen. Der Täter entgeht dem Arm der Justiz, aber der moralisch Haupt-schuldige, der durch seine Feigheit und Gewissenlosigkeit die Ermittlung des Täters verhindert und den Unschuldigen der Todesstrafe überliefert, wird nach 15 Jahren durch den von den Nachweis seiner Unschuld kämpfenden entlassenen „Zuchthäuser“ überführt.

Das nach einer Erzählung von Ernest Raymond verfaßte Drehbuch könnte einer Meisterleistung von Conan Doyle zugrunde liegen und die Kamera versteht es ausgezeichnet, sowohl die Umwelt der leichtlebigen Mädchen von London als auch die Arbeits- und Vergnügungstätten der kleinen Leute und die glänzende aber wurmstichige Fassade der „guten Gesellschaft“ zu schildern.

Aus dem Parteilieben

Versammlungen der KPD Mannheim

Weinheim, Montag, den 6. Februar, 19.30 Uhr im „Alten Rathaus“, Funktionärsitzung. Ref. Fritz Salm.

Sitzung der Frauenkommission, Montag, den 6. Februar, 15 Uhr in S 3, 10. Ref. Gertrud Frühschütz, Stuttgart. An dieser Sitzung nehmen nicht allein die verantwortlichen Frauen der Ortsgruppenleitungen, sondern alle weiblichen Mitglieder unserer Partei teil.

Referentenbesprechung Dienstag, 7. Februar, 19 Uhr in S 3, 10. Thema: „Die Rolle der Partei“. Ref. Fritz Salm.

Veranstaltungen der KPD Karlsruhe

Malsch. Am Sonntag, den 5. 2. 1950, um 9 Uhr vormittags im „Adler“ Mitgliederversammlung. Referent: A. Betz. Thema: Die Resolution der 14. Tagung des Parteivorstandes.

Kreis-Kommunal-Konferenz. Am Sonntag, den 5. 2. 1950, vorm. 9 Uhr, in der „Laternen“, Gartenstr. 59. Referent: B. Riedinger.

Funktionärsversammlung. Am Montag, den 6. 2. 1950, um 19 Uhr, im „Württembergischer Hof“. Referent: F. Dietz.

Veranstaltungen der KPD Pforzheim

Wärm. Sonntag, 5. 2. 50, 19 Uhr, bei Genosse Gengenbach Mitgliederversammlung. Referent K. Joos. Thema: Die Resolution der 14. Tagung des Parteivorstandes.

Theater und Orchester am Scheideweg

Heidelberger Stadtrat bewilligt 500000 DM / KPD-Fraktion als einzige geschlossen gegen Speiseeissteuer Sogar Kinosteuer sollte eingeführt werden

Heidelberg. In der Sitzung des Heidelberger Stadtrats am Donnerstag fiel für das örtliche Kulturleben eine bedeutsame Entscheidung. Mit der Bewilligung eines städtischen Zuschusses von 500000 DM für das kommende Haushaltsjahr scheint das Städt. Theater gerettet zu sein, doch sind an diese „Rettung“ spürbare Einschränkungen geknüpft. In der vier Stunden langen Sitzung wurde gegen die Stimmen der Kommunisten und fünf anderer Stadträte die Einführung einer Speiseeissteuer beschlossen. Außer einer Stimmenthaltung stimmte die SPD geschlossen für diese Steuer. Ein SPD-Stadtrat schlug eine Erhöhung der Kinosteuern von 20 auf 30 Prozent vor, was jedoch mit 21 gegen 9 Stimmen abgelehnt wurde.

Was ist das Höchste der Gefühle? Das war die zentrale Frage, die vor dem Stadtrat stand, als die Debatte um den Zuschuß für Theater und Orchester entbrannte. Die Antwort des Finanz-Fachmanns, Dr. Funk, lautete: 500000 DM. Soll das Theater und Orchester voll leistungsfähig bleiben, wäre ein städtischer Zuschuß von rund 800000 DM erforderlich. Können aber nur 500000 DM genehmigt werden, so bedeutet dies eine personelle, technische und spielplanmäßige Einschränkung der Stadt. Bühnen.

Der Fraktions-Vorsitzende der KPD, Stadtrat Böning, hielt die Theaterfrage nicht für das dringendste Problem Heidelbergs. Doch empfahl er dem Stadtrat, eine Kommission in die Deutsche Demokratische Republik zu entsenden, die dort feststellen könne, daß die Theater in den Städten der DDR voll besetzt seien und daß man Zustände, mit denen man sich hier herumschlagen müsse, dort auch der Vorstellung nach nicht kenne. „Wenn der Stadtrat eine Kinosteuer beschließt, dann wird ihm die Bevölkerung mit Recht die Hölle heiß machen“, erklärte er. Für Schauspiel und Operette soll seiner Ansicht nach ein Zuschuß von 500000 DM bewilligt werden und bezüglich der Oper solle man mit Mannheim zusammenarbeiten.

Auch die meisten Vertreter der anderen Fraktionen sprachen sich für die 500000-DM-Grenze aus, und Stadtrat Hetzer (FDP) war der Meinung, daß die Bürgerschaft selbst helfen müsse, und sofern sie dies nicht tue, habe sie kein Theater und kein Orchester verdient. Professor Schück (SPD) setzte sich für eine höhere Summe zur Erhaltung des Theaters und Orchesters ein und schlug zur Deckung des dann entstehenden Defizits: Kinosteuer, Kultursteuer, sogar den Kulturplanning vor. Er behauptete, Heidelberg's Struktur sei sein Musikleben. Wer das nicht wisse, sei kein Heidelberger.

In der anschließenden Abstimmung wurde der Antrag, Theater und Orchester in bisheriger Form weiterzuführen, mit einem Zuschuß von 500000 DM einstimmig abgelehnt. Da auch Stimmen laut wurden, Theater und Orchester gänzlich wegzulassen, wurde auch darüber abgestimmt, was jedoch gegen drei Stimmen abgelehnt wurde. Schließlich wurde der

Antrag, mit einem Zuschuß von 500000 DM diese Kultureinrichtungen, wenn auch in eingeschränkter Form, zu erhalten, mit 25 gegen 4 Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen. Ein Beirat, dem von jeder Fraktion ein Abgeordneter angehört, soll gebildet werden, der die Möglichkeiten des Theaters und Orchesters auf dieser neuen Basis überprüfen soll.

Speiseeissteuer — eine neue Steuer Durch diese Steuer verspricht sich Stadtkämmerer Funk eine jährliche Bereicherung der Stadtfinanzen von 100000 DM. Da die Stadt 270000 DM für Soforthilfezahlungen aufzubringen habe, glaubte er, die Einführung dieser Steuern fordern zu müssen.

Stadtrat Böning (KPD) bezweifelte die Rechnung des Stadtkämmerers und bezeichnete diese Steuer als einen neuen Angriff auf den Geldbeutel der breiten Masse, denn nur diese werde wiederum von dieser Steuer betroffen. Andere Stadträte hatten Bedenken an

der Kontrollmöglichkeit über den Speiseeisverbrauch und folglich damit auch an der genauen Errechnung dessen, was diese Steuer der Stadt einbringen kann. Bei der Abstimmung war die kommunistische Fraktion die einzige, die geschlossen die Einführung dieser Steuer ablehnte.

Mit dieser Stadtratssitzung wurde eine wochenlange Debatte endgültig zum Abschluß gebracht. Tatsache ist, daß von nun an das kulturelle Leben der Stadt spürbare Einbußen erleidet. Immer dann, wenn von den Propagandisten des Westens, von der Verteidigung der abendländischen Kultur gesprochen wird, möge man an all das denken, was um die Theaterkrise in Westdeutschland in diesen Monaten gesprochen und geschrieben wurde.

Auch durch die Entscheidung in Heidelberg werden erneut schaffende Künstler brot- und existenzlos. Und in welcher Stadt Westdeutschlands liegen die Verhältnisse anders? Wie ein Hohn klingt das Wort von der Errettung der westlichen Kultur angesichts dieser Tatsache. Ganz davon zu schweigen, daß Wohnungen und die sonstigen Lebensbedürfnisse des Menschen auch zum Begriff der Kultur gehören und diese zu bessern im Westen ebenso wenig Aussichten vorhanden sind, wie bei der Erhaltung der öffentlichen Kulturstätten.

Vortragsabend des GWB

Mannheim. Am Montag, den 5. 2. 50, 19.30 Uhr spricht im oberen Saal der Wirtschaftshochschule Betriebssekretär L. Kober über „30 Jahre Betriebsrätegesetz“.

Gewerkschaftsbund Württemberg-Baden Ortsausschuß Mannheim

Bei Glatteis Gehwege streuen Karlsruhe. Ein 63jähriger Zollinspektor rutschte beim Verlassen des Hauses infolge Glatteis auf der Treppe aus und zog sich eine Oberarmfraktur zu.

Ein 43jähriger Sekretär, der ebenfalls infolge Glatteis auf der Straße zu Fall kam, erlitt einen doppelten Beckenbruch.

Badisches Staatstheater

Karlsruhe. Am Samstag, den 4. Februar, 19.30 Uhr, wird die Oper „La Bohème“ von Puccini und am Sonntag, den 5. Februar, 19.30 Uhr, die Operette „Der Bettelstudent“ von Millocker als Sonderveranstaltung bei kleinen Preisen (0,60 bis 3,10 DM) gegeben.

Spielplan vom 7. bis 11. Februar

Dienstag, 7. 2. 50, 19.30 Uhr: Geschlossene Vorstellung für die Volksbühne: „Cavalleria rusticana“, Oper von Mascagni; „Der Bajazzo“, Oper von Leoncavallo.

Mittwoch, 8. 2. 50, 19.30 Uhr: 11. Vorstellung der Platzmiete B und freier Kassenverkauf: „Die Fledermaus“, Operette von Joh. Strauß.

Donnerstag, 9. 2. 50, 19.30 Uhr: 11. Vorstellung der Platzmiete D und freier Kassenverkauf: „Max und Moritz“, Tanzburleske von Richard Mohaupt; „Die Puppenfee“, Ballett von Joseph Bayer.

Freitag, 10. 2. 50, 19.30 Uhr: „Napoleon in New Orleans“. Komödie von Georg Kaiser.

Samstag, 11. 2. 50, 14.30 Uhr: Geschlossene Vorstellung für die Badenwerk-AG: „Die Fledermaus“. Operette von Johann Strauß. — 20 Uhr: Sondervorstellung bei volkstümlichen Preisen (0,60 bis 3,10 DM), zum letzten Male: „Tosca“. Oper von Puccini.

Der Sport am Wochenende

Süddeutsche Oberliga Zu den Mannschaften, die sich auf morgigen Boden schon immer nicht recht durchsetzen konnten, weil ihr ausgefeiltes, technisch vollendetes Kombinationsspiel gute Bodenverhältnisse braucht, gehören die Waldhöfer. Nicht weniger als 60 haben sie im Vorspiel die Offenbacher Kickers auf dem Biberer Berg überannt. Waldhof wird sich, wenn am Sonntag kein trockenes Spielfeld vorhanden ist, sehr vor den Revanchegedanken der Offenbacher in Acht nehmen müssen, die bekanntlich bei ihrem letzten Besuch in Waldhof Punkttabelle erzwingen. Der VfR Mannheim hat in seinen letzten drei Spielen gegen Schwaben Augsburg alle Punkte geholt, mit einem Torverhältnis von 10:1. Er müßte auch am Sonntag in Augsburg gewinnen können, so verzweifelt sich der Tabellenletzte auch wehren wird. Vorausgesetzt allerdings, daß der VfR aus seinen schlimmen Erfahrungen mit den Münchener Spielern im Schnee gelernt hat. Der FSV Frankfurt hat sich in München von den 1800ern mit seinem Sicherheits-System zwei Punkte erworbt. Diesmal werden die Münchener sich vielleicht besser auskennen, wie der Frankfurter Riegel zu umgehen ist. Daß die Stuttgarter Kickers einmal den BC Augsburg auf dessen Platz 7:2 schlagen konnten, klingt heute schon märchenhaft. Sie werden in ihrer jetzigen Form Mühe haben, abermals beide Punkte zu behalten. Auch der 1. FC

Nürnberg hat eine schwere Abfuhr durch den VfB in Stuttgart wettzumachen, das wird aber auch nicht so einfach sein. Schweinfurt und die Frankfurter „Eintracht“ spielen in Frankfurt unentschieden, eine Wiederholung des Remis in Schweinfurt liegt nahe. Wenn die Münchener Bayern mit Streitlern antreten können, müßten sie gegen Mühlburg gewinnen. Fürth könnte in Regensburg stracheln.

Landesliga Nordbaden Auf drei Spiele konzentriert sich das besondere Interesse am kommenden Sonntag in der nordbadischen Landesliga. Die drei an der Spitze liegenden Vereine empfangen starke Gegner, die sie in der Vorrunde nur knapp besiegen konnten. Der VfL Neckarau wird schon mit besseren Leistungen als in den letzten Spielen aufwarten müssen, wenn er die ehrgeligen Rohrbacher abermals besiegen will. In Rohrbach gelang es ihm nur knappe 3:2. Mit dem gleichen Resultat war Feudenheim in Hockenheim siegreich und die Feudenheimer werden daher das Rückspiel nicht zu leicht nehmen dürfen. Ein hartes Ringen wird es auch im Brötzingen Tal geben, wo die Germania für ihre 0:1-Heimniederlage nach Revanche dürstet. Der 1. FC Pforzheim dürfte aber in seiner jetzigen Form einen Strich durch diese Rechnung machen. In den Spielen Phönix Karlsruhe — VfR Pforzheim und ASV Durlach — Mosbach werden die Platzvereine ihre Vorspielsiege wiederholen.

Winterschluss-Verkauf

Küchenhandtuch	40/85, Rohkoper, Baumwolle	— 95
Kinderstrümpfe		— 95
Herren-Socken		1.05
Mädchen-Strickkleid		1.95
Streifen-Damast	Bw., 130 cm breit	3.75
Arbeitshemd		5.95
Bettuch	150 X 220, aus kräftigem Linon	8.45
Bettbezug	130 X 190, aus schönem Linon	11.75
Weghose	aus Engl. Leder	12.95
Arbeits-Anzug	blau, solider Körper, Gr. 44-54	14.30

Webwaren ETAGE

H 1, 3 Breite Straße - H 1, 3 im Hause Schuh-Fritz

DIE ETAGE, DEREN BESUCH SICH IMMER LOHNT

Klaviere neu und gespielt, Hohner Akkordion Streich- und Zupfinstrumente, Teilzlig. Musik - Arnold, G 4, 13.

„Hicoten“ altbewährt gegen Bettnässen Preis DM 2.65. Zu hab. in all. Apoth.

Verk. 2 eis. Bettstellen m. Rost DM 28.— Eugen Mangin, Waldhof, Altrheinstraße 25.

FILMTHEATER

Rudolf Fernau - Maria Holst in

Mordprozeß Dr. Jordan

mit Beiprogramm: **Der Griff nach dem Atom**
Täglich: 14.00, 16.00, 18.15, 20.30 Uhr
Heute Samstag: **Spätvorstellung**: 22.30 Uhr

Der prächtige Farbfilm mit Stewart Granger!

Unruhiges Blut

Eine atemberaubende Spannung zeichnet diesen Film aus. In Locarno als der schönste Farbfilm des Jahres ausgezeichnet.

Beginn: 14.00 - 16.30 - 19.00 u. 21.00 Uhr

Montag letzter Tag! Der spannende Film nach der Kriminalnovelle von Ernest Raymond i. dtsh. Sprache

Unschuldig verurteilt

Beg.: 10.00, 11.45, 13.45, 15.45, 17.45 20.00 Uhr

Bis einschl. Montag 22 Uhr Spätvorstellung der lustige Film mit Karin Hardt, Josef Eichheim u. a.

Fesching

Am Samstag, den 4. Februar 1950

Eröffnung des Restaurant „Clubhaus 07“ an der Autobahn — verbunden mit

Kappenabend

Hierzu laden wir alle 07er, sowie unsere Bekannten und früheren Gäste vom weißen Bären herzlich ein.

Zum Ausschank gelangt Moninger Bier

Telefon 413 72 Herrmann Ulmrich u. Frau Gretel

Inseriert im „Badischen Volksecho“

Siegeszuversicht von Millionen Frauen

Von Magda Langhans, Mitglied der Hamburger Bürgerschaft

Auf der Ratstagung der Internationalen Demokratischen Frauenföderation in Moskau, über die wir kürzlich berichteten, wurden im weiteren Verlauf der Tagung zahlreiche Begrüßungsgramme von Madame Cotton, der Jugend, der französischen Frauenunion, der Juristen-Vereinigung, den Betrieben aus der UdSSR u. a. unter großer Begeisterung verlesen. Nicht enden wollte der Beifall, als eine Delegation koreanischer Frauen in ihrer Nationaltracht den Vorstand der IDFF und den Sowjetfrauen je eine gestickte Fahne überreichten mit der Aufschrift:

Es lebe die ewige Freundschaft mit der Sowjetunion und den Frieden für alle!

Frau Angele Salleyrettels (Frankreich) gab den Bericht der IDFF über die Verteidigung der wirtschaftlichen Rechte der Frau im Zusammenhang mit dem Anwachsen des Elends und der Erwerbslosigkeit in den kapitalistischen Ländern. Sie stellte die Entwicklung in den kapitalistischen Ländern derjenigen in der Sowjetunion und in den Volksdemokratien gegenüber. In neun kapitalistischen Ländern, so sagte sie, ist in einem Jahr eine Zunahme der Erwerbslosigkeit um 51 Prozent zu verzeichnen. Tatsächlich ist die Zahl bedeutend höher, da viele Männer und Frauen keine Unterstützung erhalten und somit nicht registriert sind.

Die Friedensindustrie liegt brach und gerade in dieser Industrie sind die meisten Frauen beschäftigt.

Marie Draper, die Leiterin der amerikanischen Sektion sagte:

„Wenn Amerika keinen kalten Krieg führen würde, dann hätten wir Millionen von Dollar mehr zur Behebung unserer Wirtschaft. Die Erwerbslosigkeit steigt ständig bei uns, der Reallohn ist gegenüber 1945 gesunken. Die Löhne der Frauen betragen nur 60-70 Prozent von denen der Männer. Die Neger erhalten nur 50 Prozent der Löhne der weißen werktätigen Bevölkerung.“

Die Vertreterin der Frauen Indiens, die in ihrer Nationaltracht die Rednerbühne betrat und trotz vieler Schwierigkeiten von Seiten der Pandit-Nehru-Regierung nach Moskau kam, erklärte unter größter Aufmerksamkeit: „Es herrscht bei uns eine wahre Hungersnot. Die Kinder müssen für sehr wenig Geld arbeiten, um der Familie zu ermöglichen, etwas Reis kaufen zu können. Frauen,

die in der Exekutive der IDFF arbeiten, werden durch Terrormethoden verfolgt. Man stellt sie nicht vor Gericht, sondern läßt sie hungern. Trotzdem beteiligen sich die Frauen aktiv an den Streiks zur Verbesserung ihrer Lebenslage.“

Frau E. Garcia Butjaker aus Cuba berichtete, daß die Löhne der Frauen in der Textilindustrie bei verlängerter Arbeitszeit um zwei Drittel, die Löhne der Industriearbeiter im Durchschnitt um 15 Prozent gekürzt sind.

Frau Pfanni Tabak aus Brasilien brachte zum Ausdruck, daß Argentinien und Brasilien Länder des Fleisches, des Brotes, des Zuckers, der Milch sind, diese Produkte aber vielen, vielen Arbeiterfamilien auf Grund des geringen Verdienstes nicht zugänglich sind. Aber 40 Prozent des Nationaleinkommens werden für militärische Zwecke verwandt.

Ueber die Lage in Italien sprach Frau Ader Aalesandine. Sie schilderte die Auswirkungen des Marshallplans und kundete, daß es Millionen Erwerbslose gibt und 150 000 Jugendliche keine Arbeit finden. Die Preise sind um 60 Prozent gestiegen. Eine fünfköpfige Familie braucht 11. Statistisch 40 340 Lire im Monat, verdient aber nur 34 323 Lire. Große Industriezweige werden durch die Einführung von Fertigwaren vollkommen lahmgelegt.

Ebenso berichteten die Vertreterinnen von Frankreich, Belgien, Oesterreich, Holland u. a., daß der Marshallplan nicht zur Behebung der nationalen Industrie führt, sondern nur den amerikanischen Mopolisten Profite brachte.

In den Ländern, wo in den Verfassungen ein Artikel über die Gleichberechtigung der Frau verankert ist — z. B. im Bonner Grundgesetz — führen es die Regierungen in der Praxis nicht durch.

Ganz anders ist es in der Sowjetunion und in den Volksdemokratien. Unter langanhaltendem Beifall sagte Sinaida Gagerina, die stellvertretende Vorsitzende des „Antifaschistischen Komitees der Sowjetfrauen“: „Mit Stolz können wir sagen, daß die Reallohn in diesem Jahr um das Doppelte gestiegen sind. Die Preise sind herabgesetzt. Die Fürsorge um den Menschen wächst durch die Schaffung immer neuer sozialer Einrichtungen (30 Prozent des Gesamtbudgets wurde 1949 dafür verausgabt). Wir kennen keine Krisen, davon

sind wir befreit, weil wir vom Kapitalismus befreit sind.“

Frau Luba Kischinewski, Rumänien, führte aus, daß in den Volksdemokratien die Frauen gleichberechtigt sind und gleichen Lohn für gleiche Arbeit erhalten. Frauen sind in neuen Berufen, die ihnen früher nicht zugänglich waren. Immer neue



Auch in Nord-Korea haben die Frauen in der neuen Volkrepublik das Recht auf freie politische Betätigung und die Möglichkeit der Mitbestimmung in allen Fragen des Staatslebens. Unser Bild zeigt eine Versammlung der Mitglieder des Frauenbundes in der Stadt Pjöngjang.

Wie die Geschenke überreicht wurden

Ein Erlebnis aus den Tagen, da man in Moskau Stalins 70. Geburtstag feierte

Als Vertreterin des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands gehörte Frau Luise Dornemann der deutschen Delegation an, die Ende Dezember aus Anlaß von Stalins 70. Geburtstag in Moskau weilte. In den nachfolgenden Ausführungen schildert sie die Uebergabe der von den deutschen Friedensfreunden für den Genossen Josef Stalin bestimmten Geschenke an den Gen. Schwernik, den Präsidenten der UdSSR.

(Die Redaktion)

Wir machen uns auf den Weg in das Museum. Uns allen ist sehr feierlich zumute. Heute nachmittag sollen die Geschenke für Generalissimus Stalin, dem Präsidenten der UdSSR, Schwernik, übergeben werden.

Wir finden die Geschenke des deutschen Volkes zu einer Ausstellung aufgebaut im gleichen Saale mit den Geschenken der Mongolischen Volksrepublik. Diese Ausstellung erschüttert uns alle zutiefst. Sie ist der tiefste sichtbare Ausdruck der Verbundenheit der fortschrittlichen deutschen Menschen mit der Sowjetunion und ihrem Führer. „Hunderttausende von deutschen Menschen, Männer und Frauen, haben Wochen und Monate hindurch an diesen Geschenken mit Liebe gearbeitet.“

Der Mittelpunkt bildet das Modell des Planetariums, das Geschenk von Millionen deutschen Werktätigen für die Stadt Stalingrad, der durch Hitlerdeutschland so unendlich viel Leid bereitet worden war. Wir sehen Modelle von Maschinen, wundervolle Porzellanfiguren aus Meißel und eine große Menge von selbstgebastelten Geschenken. Unter diesen Geschenken befinden sich viele aus Westdeutschland. Die Geschenke der Frauen nehmen einen großen Raum ein. Die Puppen aus Thüringen, die Kisten mit Samen aus Erfurt, der Kasten mit den Kerzen, der Bernsteinkasten aus Mecklenburg liegen auf. Dazwischen die vielen Alben, Briefe und Botschaften der Frauen.

Besonders die Mitglieder des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands treten mit

Kinderheime und -gärten werden zur Erleichterung für die Frauen geschaffen.

Nach Beendigung der Diskussion, die sehr aufschlußreich war, wurde eine Resolution einstimmig angenommen, die die Frauen auffordert, Lehren aus den Erfahrungen anderer Länder zu ziehen, um einen gemeinsamen entschlossenen Kampf zu führen:

für die Rechte der Frauen gegen Entlassungen aus den Betrieben und Büros, für Senkung der Lebenshaltungskosten, für gleichen Lohn für gleiche Arbeit!
Der Tag, der ein sehr arbeitsreicher war, endete mit einem Besuch in einem Kindertheater Moskaus.

Vorbildliche Fürsorge für Mutter und Kind

Anläßlich des Aufenthalts des Generaldirektors des Internationalen Kinderhilfsfonds Maurice Pate in Warschau, fand eine Pressekonferenz statt, in deren Verlauf über die bisherige Tätigkeit dieser Organisation in Polen und über deren Arbeitsplan für 1950 berichtet wurde. Die zur UN gehörende Organisation betätigt sich in Polen seit 1947. Seitdem wurden Medikamente, Kleidung und Nahrungsmittel im Werte von 16 Millionen Dollar geliefert.

Diese Hilfe — erklärte der Generaldirektor des Internationalen Kinderhilfsfonds — ist nur ein geringer Bruchteil dessen, was in Polen von der Regierung auf dem Gebiete der Fürsorge geschieht. Trotz der ungeheuren Zerstörungen hat die Regierung Volkspolens immer riesige Summen im Staatshaushalt für Mutter und Kind, sowie für die Kinderfürsorge bestimmt. Unter den vierzig Ländern, in denen der Internationale Kinderhilfsfonds sich betätigt, nimmt Polen eine der ersten Stellen ein. Mit Hinblick auf den bedeutend verbesserten Gesundheitszustand braucht der Internationale Kinderhilfsfonds in diesem Jahr bedeutend geringere Mittel als früher für Polen abzuweisen und wird nur für vier Millionen Dollar Medikamente, Impfstoffe und Kleidung liefern. Ueberdies erhält Polen Röntgenapparate und Maschinen zur Herstellung von Milchpulver.

Botanisches Anschauungsmaterial für Schulen

Die deutsche Hauptstadt Berlin hat mit ihrer 30 Hektar großen Nutzfläche den größten Botanischen Lehrgarten in Europa. Dieser versorgt die Berliner Schulen für ihren naturwissenschaftlichen Unterricht mit einheimischen Pflanzen als Lehr- und Anschauungsmaterial. 114 Schulen in den vier Ostbezirken wurden im letzten Jahr wöchentlich einmal mit diesem Material versorgt. Im neuen Jahr sollen alle 300 Schulen im Ostsektor laufend mit Lehrmaterial beliefert werden, während für das nächste Jahr sogar die Lieferung von drei Millionen Pflanzen im Jahr erreicht werden soll.

„Ich singe jetzt alle Tage“

Chao Ching-Tse ist eine der Frauen des Neuen China. An ihrer Geschichte ist gar nichts Besonderes und deshalb ist sie des Erzählens wert.

Sie ist 29 Jahre alt und wurde im Alter von 17 Jahren von ihrer Familie an einen Mann verheiratet, der niemals arbeitete, sie von ihrem Hochzeitsgatte ab schlug und der von ihrem kärglichen Lohn als Textilarbeiterin lebte. Sie konnte jedoch nichts dagegen tun, denn in jenen Tagen stand eine Scheidung außer Frage. Kurz nach ihrem 12. Geburtstag begann Chao Ching-Tse zu arbeiten. Jeden Tag stand sie vor ihrer Maschine und arbeitete 12 bis 13 Stunden. Sie war immer so erschöpft, daß sie jeden Monat 5 oder 6 Tage zu Hause bleiben mußte. Zur Zeit der Kuomintangherrschaft und unter der japanischen Besetzung war ihr Lohn so gering, daß sie beinahe verhungerte.

Jetzt, 14 Monate nach der Befreiung, hat sie die Aufsicht über 37 Maschinen, und die Fabrik, die nationalisiert ist, arbeitet in drei Schichten, zu acht Stunden, statt wie vorher in zwei Schichten. Obgleich ihre Arbeitszeit 4 Stunden weniger beträgt, ist der Realwert ihres Durchschnittslohnes gerade doppelt so hoch wie ihr höchster früherer Lohn.

Alle Frauen erhalten zur Niederkunft 45 Tage bezahlten Urlaub und 6 Fuß Stoff. Heute gibt es auch besondere Räume, wo stillende Mütter dreimal während ihrer Schicht hingehen können, um ihre Säuglinge zu stillen.

„Wir haben jetzt eine Gewerkschaft“, erzählt sie, „und die Betriebsleitung erbittet immer unsere Vorschläge über Löhne, Wohlfahrt, Abendschulen und ähnliches.“

So halten wir natürlich unsere Augen offen, um Wege zu finden, die Fabrik zu verbessern.“

Die Fabrik hat jetzt ein Krankenhaus, das umsonst behandelt. Kranke Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten bis zu drei Monaten ihren Lohn. Alle alten Arbeiter haben leichte Arbeit bekommen, für die sie ihren früheren Lohn bezahlt erhalten. Ein Altersheim ist jetzt auch geplant.

Die Preise in ihren Fabrikkonsumen sind 20 bis 40 Prozent niedriger als die Marktpreise, und das, sagt sie, ist genau so, als erhalte man noch mehr Lohn.

Als Letztes sagt sie: „Jetzt werden wir als menschliche Wesen behandelt. Deshalb arbeiten wir angestrengt und benutzen unseren Verstand, um die Dinge noch weiter zu verbessern. Ich war vorher niemals glücklich, aber jetzt singe ich alle Tage.“

Mädchen ist Nebensache

In der kanadischen Zeitung „Winnipeg-Tribune“ war folgende Heirats-Anzeige zu lesen: „Farmer, 37 Jahre alt, sucht Bekanntschaft mit einem jungen Mädchen bis zu dreißig Jahren, das einen Traktor besitzt, zwecks Heirat. Bei Beantwortung bitte Bild des Traktors mitschicken.“

Die Ehe in der sozialistischen Gesellschaft

Die „Tägliche Rundschau“ vom 29. Januar veröffentlichte auf Wunsch ihrer Leser einige Ausführungen über das sowjetische Familienrecht, Eigentumsrecht, Erbrecht usw. aus berufener Quelle, die sicherlich auch bei unseren Lesern Interesse finden werden.

Die Redaktion

Das deutsche Bürgerliche Gesetzbuch bestimmte, daß alle Fragen, die das gemeinsame Leben der Ehepartner betreffen, vom Mann entschieden werden. Selbst über ihre in die Ehe gebrachte Mitgift konnte die Frau nicht ohne Zustimmung des Mannes verfügen. Ähnliche Gesetze gelten in den meisten anderen bürgerlichen Ländern. Selbst das Schweizer Recht, das für besonders demokratisch gilt, bestimmt, daß „der Mann das Oberhaupt der ehelichen Gemeinschaft ist“, daß die Frau verpflichtet ist, seinen Namen anzunehmen und nicht das Recht hat, ohne seine Einwilligung zu studieren oder zu arbeiten usw. In England ist die Frau bei der Eheschließung sogar verpflichtet, das Gelöbnis abzulegen, dem Manne zu „gehören“. Als Ende 1947 die Thronfolgerin von einem ihrer Untertanen geheiratet wurde, stellte die englische Presse tief sinnige Betrachtungen darüber an, wie in diesem Fall dieses Gehorsamsgelübde gehandhabt werden soll. In den USA gelten in den meisten Staaten Gesetze, denen zufolge die Frau nur mit Zustimmung des Mannes arbeiten darf und verpflichtet ist, dem Manne ihren Verdienst abzuliefern. In Alabama gilt heute noch ein Gesetz, das dem Mann das Recht gibt, die Frau mit einem Stock zu züchtigen; und dieses Gesetz ist nicht ein aus alter Zeit überkommenes Kuriosum, sondern wird von der Justiz verteidigt.

In der sowjetischen Ehe sind die Ehepartner in jeder Beziehung absolut gleichberechtigt. Sie haben das Recht, verschiedene Namen oder einen gemeinsamen Namen zu führen, beiden steht das gleiche Recht an dem gemeinsam erworbenen Be-

sitz zu, und jeder von ihnen kann arbeiten oder studieren, wo und was er will.

Die Eheschließung

Das Sowjetgesetz enthält den Passus, daß nur durch eine registrierte Ehe den Ehegatten Rechte und Pflichten erwachsen. Das bedeutet erstens, daß die Ehe in der UdSSR eine weltliche Ehe ist. Die kirchliche Eheschließung ist eine rein persönliche Angelegenheit der Eheschließenden. Niemand ist daran gehindert, sich in der Kirche trauen zu lassen, der Staat kümmert sich um dies Form der Eheschließung nicht. Das bedeutet zweitens, daß die sogenannten faktischen, also nicht vor dem Standesamt geschlossenen Ehen, keine rechtlichen Folgen nach sich ziehen. Dieses Gesetz wurde im Jahre 1944 erlassen. Wenn in der UdSSR die Familienmoral auch schon früher unvergleichlich höher war als in den bürgerlichen Ländern, so sind jetzt Fälle wie der Zerfall von Familien, faktische Polygamie, schwere familiäre Konflikte, Fälle, in denen nach dem Vater eines Kindes gesucht werden muß und ähnliche Erscheinungen, die jenseits der Grenzen des Sowjetlandes gang und gäbe sind, ausgesprochen selten geworden.

Scheidungen werden seltener

Manche antisowjetischen Zeitungen behaupten, in der UdSSR sei die Scheidung verboten. Das ist natürlich Unsinn. Niemand macht den Sowjetmenschen das Recht auf Ehescheidung streitig. Das Gesetz vom 8. Juli 1944 hat lediglich die Interessen der Familie gegen eine leichtfertige Aufhebung der Ehe in Schutz genommen.

Die werktätige sowjetische Familie hat einen viel festeren Zusammenhalt als die Familie in den bürgerlichen Ländern. Es hat in der UdSSR schon immer weniger Scheidungen gegeben als in jedem anderen Lande. Nach dem Kriege hat in den kapitalistischen Ländern ein wahrer Hexentanz der Scheidungen begonnen. In England werden jährlich 50 000 Ehescheidungen vollzogen. John Günther schreibt in seinem Buch „Innerhalb der USA“: „Hier entfällt

auf je drei Eheschließungen eine Scheidung.“

Bei den Menschen, die im Lande des Sozialismus erzogen worden sind, sind die moralischen Grundsätze unvergleichlich stärker, und so bietet sich hier ein ganz anderes Bild. Nach dem Kriege ist in der Sowjetunion die Zahl der Ehescheidungen zurückgegangen.

Niemand verbietet den Sowjetmenschen ihre Ehe scheiden zu lassen, aber die Notwendigkeit der Scheidung muß gerichtlich anerkannt werden. Warum? Weil jede Trennung der Ehe nicht nur materielle Folgen nach sich zieht, sondern auch Verwirrung bei den Kindern und einen Bruch ihrer moralischen Vorstellungen hervorruft, was ihre spätere Erziehung ohne den Vater oder die Mutter belastet. Deshalb hat der Sowjetstaat trotz der geringen Zahl der Scheidungen ein gerichtliches Ehescheidungsverfahren eingeführt, um die Familien vor dem Auseinanderfallen zu schützen, was in einer ganzen Reihe von Fällen verhindert werden kann. Das Prinzip des freien Rechts auf Ehescheidung besteht nach wie vor, aber der Ehescheidung fordernde Ehepartner muß erst einmal vor Gericht ausführlich die Gründe darlegen, die den Bruch im Familienleben herbeigeführt haben. Wenn es dem Gericht nicht gelingt, eine Versöhnung der beiden Ehepartner herbeizuführen, und ein Zusammenleben wirklich unmöglich ist, wird die Ehe geschieden.

Schutz der Interessen der Kinder

Wenn eine nicht standesamtlich geschlossene Ehe keine Rechtsfolgen nach sich zieht, so bedeutet das keineswegs, daß der Staat die Kinder aus einer solchen Ehe ihrem Schicksal überläßt. Die unehelichen Kinder sind die Stiefkinder der bürgerlichen Gesellschaft. In der UdSSR erhält eine alleinstehende Mutter, die keinen Mann hat, für ihr Kind eine staatliche Unterstützung, oder sie hat das Recht, das Kind auf Staatskosten in einem Kinderheim unterzubringen. Wer eine Mutter, die ein uneheliches Kind hat, beleidigt, wird vom Gericht zur Verantwortung gezogen.

Die staatliche Unterstützung wird jedoch nicht nur alleinstehenden Müttern gewährt. Bereits 1936 ist eine Unterstützung für kinderreiche Mütter eingeführt worden. Diese Unterstützung erhielten damals jedoch nur Mütter mit mindestens sieben Kindern. Später hat der Staat die Zahlung von Unterstützungen auf alle Mütter mit mindestens drei Kindern ausgedehnt. Diese Unterstützung, die monatlich an zahlreiche Familien ausgezahlt wird, ist recht erheblich und gewährleistet den betreffenden Familien ein sorgenfreies Leben.

Liebe und Ehe

In den Zeitungen der kapitalistischen Länder findet man täglich viele Spalten mit Heiratsinseraten, und häufig wird „Einheirat in ein Unternehmen“ geboten, oder der Vermögensstand des Inserenten wird besonders hervorgehoben usw. Solche Ehen werden nicht aus Liebe geschlossen, denn Liebe entsteht nun einmal nicht durch Zeitungsreklame oder durch die Tätigkeit eines Vermittlungsbüros. In der UdSSR werden durch Zeitungsinserate allenfalls Wohnungen oder Kinderfrauen gesucht, aber keine Ehegatten. Die Statistik zeigt ferner, daß die UdSSR das einzige Land ist, in dem Ehen von Partnern, zwischen denen ein großer Altersunterschied besteht, nur einen ganz geringfügigen Prozentsatz ausmachen, während sie in der kapitalistischen Welt eine alltägliche Erscheinung sind; denn dort heiratet ein armer Schlucker oft eine reiche alte Frau, und ein Mädchen ohne Mitgift wird dort oft von einem reichen Greis gekauft. Und selbst Ehen, bei denen zwischen den Partnern kein nennenswerter Altersunterschied besteht, werden in der kapitalistischen Welt häufig nicht aus Neigung, sondern aus sogenannten sachlichen Erwägungen geschlossen. In der sozialistischen Welt werden Ehen ausschließlich aus gegenseitiger Neigung zwischen jungen Leuten geschlossen. Finanzielle Erwägungen spielen hierbei keine Rolle und können gar nicht von Bedeutung sein. Jede Heirat ist hier eine Verbindung liebender Herzen.

W. Michailow



Verkaufsstelle in Riga

Verdienter Arzt des Volkes

Zum erstenmal wird in der Deutschen Demokratischen Republik einer Reihe vorbildlicher Ärzte mit der Verleihung der Auszeichnung „Verdienter Arzt des Volkes“ eine Anerkennung ausgesprochen, die weit über alle bisherigen fachlichen Auszeichnungen und Ehrungen auf ihrem Gebiet hinausgeht. Diese Auszeichnung anerkennt nicht nur die fachlichen Leistungen dieser Ärzte, nicht nur allein ihre speziellen Kenntnisse als Wissenschaftler und Praktiker, sondern vor allem auch die Erfüllung des gesellschaftlichen Auftrags des Arztes, der sein Wissen und seine Arbeit in den Dienst des Volkes stellt. Diesen Titel zu führen sind nur jene würdigen, die neben hervorragenden fachlichen Leistungen auch das Bewußtsein ihrer Verantwortung dem Volke gegenüber unter Beweis gestellt haben.

Wußten Sie schon ...

... daß auf dem Grund des Meeres viel Gold liegt ... das mit den untergegangenen Schiffen verloren ging. 100 Millionen Mark in Gold nahm die „Titanic“ mit auf den Grund des Meeres. Die spanische „Lufanta“ sank in der südrindischen Baur Bay mit 90 Millionen Mark Gold und an der britischen Ostküste liegt die „Czardina“ mit 60 Millionen Mark Gold auf dem Grund.

... daß mit dem Wassergehalt eines menschlichen Körpers ein Faß von 40 bis 50 Liter gefüllt werden könnte? Besonders wasserreich sind die Muskeln, die 22 Liter enthalten, während das Knochengewebe nur 2,5 Liter enthält.

Warme Liebe im kalten Schnee

Anlässlich einer Grönland-Expedition kam der dänische Forscher und Schriftsteller Peter Freuchen in enge Berührung mit den Eskimos. Ihre einfachen, natürlichen Sitten und Gebräuche bewogen ihn, sein weiteres Leben mit ihnen zu teilen. An der Stelle seiner Eskimofrau durchstreifte er die hohen Norden. Seine Eindrücke und Erlebnisse fanden im dem Buch „Ivalu“ ihren Niederschlag. In dem von uns wiedergegebenen Abschnitt schildert Freuchen, wie er seine spätere Lebensgefährtin fand.

„Wir müssen beieinander schlafen“, sagte er. „Es sind nicht Decken genug für zwei Lager da!“

Ivalu sagte nein, sie wollte allein sein, aber sie sagte es mit leiser Stimme, denn ihr war klar, daß sie keine Wahl hatte. Und als er seine Stiefel auszog und sich zu ihr legte,

er versprach ihr, daß alles geordnet werden sollte. Männer geben solche Versprechungen aber Ivalu wußte, daß es ihm unmöglich war zu helfen; das Nähen mußte sie selbst besorgen, und deshalb lachte sie ein wenig über ihn.

Bosi lag lang still da, er lockerte seinen Griff, um ihren Leib ein wenig. „Ivalu“, sagte er, „Ivalu! Ich sagte dir ja, daß ich keine Frau mehr haben wollte, ich glaube, daß die Wahrheit in eurer Brust nicht groß ist!“ „Ja, das sagst du, aber ich bin wahrhaftig, denn ich gebrauche nie eine Lüge in meiner Rede!“ Wieder lagen sie ein Weichen still. Er sagte, es sei merkwürdig, daß sie in diese Geschehnisse hineingeraten wären und jetzt dicht beieinander lägen. „Wenn jemand hier in diese Höhle käme, würde er glauben, daß wir verheiratet wären und nicht Fremde, die einander zufällig getroffen. Es ist merkwürdig, wie die Erlebnisse der Menschen stattfinden.“

„Ja, das ist überraschend, aber ich finde, daß es jetzt gut ist!“

„Ivalu, warum sagst du das?“

„Weil ich, wie ich dir sagte, keine Lüge in meiner Rede gebrauche!“

Wieder hatte er keine Antwort und alle Bewegung in seinen Händen hörte auf. Da plötzlich, als sie schon zu fürchten begann, daß der Zorn wieder in ihm aufstieg, faßte er sie fest um den Nacken und drückte sein Gesicht gegen das ihre. Er legte seinen Mund auf den Ivalu.

Mit einem Ruck wachte Bosi auf. Er hob den Kopf, und im selben Augenblick war Ivalu ohne Schlaf.

„Hast du ein Geräusch gehört?“

„Ich will gehen und nach den Hunden sehen. Sie liegen auf dem Eise. Kannst du mein Zeug finden?“ Und sie fand es für ihn.

„Ein Mann soll sein Zeug unter sein Schiafell legen“, sagte sie, „dann ist es immer schnell zu finden, und es ist aufgetaut und angenehm, wenn man es anzieht!“

Wieder hatte sie recht, aber er antwortete immer noch nicht. „Mein Messer, ich muß mein Messer haben, um ein Loch zu hauen, damit ich die Hunde anbinden kann. Es schneit und ist unvetter geworden! Wenn nur das Eis nicht aufbricht!“

Ivalu setzte sich auf und sagte, er solle die Hunde lieber frei lassen.

„Im Schneesturm laufen sie nicht fort, und sie finden besser Schutz, wenn sie nicht angebinden sind, laß sie nur in den Strängen!“

„Ich, ich bin ein elender weißer Mann, der selber nichts weiß“, sagte er und ließ die Hunde frei.

„Vielleicht bist du ein wenig böse, weil ich zu dir sprach und dir riet“, sagte Ivalu zu ihm. „Aber ich sagte es, weil ich Mittel mit dir hatte. Ich habe viele darüber lachen hören, wie du dich benimmst, wenn du mit ihnen auf Fang bist. Du kennst nicht die Art der Menschen, alles leicht zu machen!“

Da sagte Bosi, es freue ihn, das zu hören. „Wenn du aber bei mir wohnen und mir eine Hilfe sein willst, dann will ich alles lernen, und du sollst nicht mehr hören, daß einer über meine Gewohnheiten lacht!“

„Ach, du mußt nicht andere Worte sagen als die, welche wirklich sind; soll ich hören, daß du mich bei dir haben willst, so dürfen auch deine Worte nicht lügenhaft sein!“

Der Sturm tobte, aber in der Höhle lagen zwei Menschen, und keine Lüge gab es mehr zwischen ihnen...



Zeichnung A. L. Klotze

war ihr Widerstand nicht groß. Dicht beieinander mußten sie liegen, denn ihre Decke war schmal. Bosi stand bald wieder auf und holte seinen Schlitten. Er mußte sich zuerst die Stiefel wieder anziehen, und dabei gab es einige Reden zwischen ihnen, was sie beide sehr erleichterte. Bosi sagte, er wolle den Schlitten neben ihr Lager stellen, dann würde die Decke nicht heruntergleiten und sie würden nicht frieren, wenn die Nacht kalt würde.

Ivalu half, den Schlitten hinzustellen. Sie mußte dazu erst an das eine und dann an das andere Ende kriechen und dadurch geriet sein Schlittenfell unter das Renntierfell. Da mußten sie beide lachen, und dieses Lachen wurde schuld an ihrem ganzen zukünftigen Leben.

Bosi war schon mehr als ein Ehemann, als er sich zum zweitenmal die Stiefel auszog. Er stand einen Augenblick mit bloßen Beinen auf dem Fell. Den Pelz zog er sich über den Kopf, und dann mußte er sie um die Schulter fassen, um sich unter dasselbe Fell wie sie legen zu können.

„Wir brauchen uns nicht zu schämen, dann wir müssen so liegen, wenn wir gerettet werden wollen“, sagte Bosi, und Ivalu verstand ihn, da er das Richtige gesagt hatte. Aber dennoch schwieg sie.

„Ivalu, dir sind traurige Dinge zugestoßen. Ich weiß nicht, wie du denkst, aber auch ich bin nicht voller Freude. Eine Frau aus meinem eigenen Lande hat sich lügenhaft gegen mich, erwiesen, und das ist mir jetzt, als wir im Süden waren, durch einen Brief berichtet worden. Deshalb ist mein Sinn finster, und ich habe schwere Gedanken!“

Sie zitterten beide vor Kälte und erst, als sie sich ohne darüber nachzudenken, gegriffen und aneinandergepreßt hatten, spürten sie, daß die Wärme von einem zum andern kam.

Als sie eine Weile geschwiegen hatten, sagte Ivalu, daß sie an ihre Kleider dachte, die zusammengeknüpft werden mußten. Ihre Finger mußten die Augen zu Hilfe haben, und es würde ja erst hell, wenn die Zeit käme, da sie aufbrechen sollten. Bosi antwortete, da würde schon Rat kommen, und

Die vier Weinenden

Ein japanisches Märchen / Nacherzählt von Hermann Heinz Wille

Im fernen Japan lebte einmal eine alte Frau. Die hatte von ihrem Sohn einen Brief erhalten, aber sie konnte ihn nicht lesen. Weil die Alte gern gewußt hätte, wie es ihrem Sohne ergehe, stellte sie sich auf die Straße, in der Hoffnung, daß von den Vorübergehenden einer lesen könnte.

Ein Soldat kam des Weges.

„Heda“, rief die Alte, „ich habe einen Brief von meinem Sohn und kann ihn nicht lesen. Kannst du mir sagen, was darin geschrieben steht?“

„Das kann ich!“, antwortete der Soldat, nahm den Brief in seine Hände und vertiefte sich lange, lange Zeit hinein, ohne auch nur ein Wort zu sprechen. Nur seine Lippen bewegten sich, als buchstabiere er. Dann brach er plötzlich in Tränen aus. Beunruhigt und verängstigt fragte die Alte den Soldaten: „Du weinst? Sag mir doch, ob dem Jungen etwas Böses zugestoßen ist.“

Der Soldat sprach kein Wort, er stand da und weinte.

Die Alte dachte: „Wenn der fremde Soldat so mitleidvoll weint, dann muß meinem Jungen etwas sehr Schlimmes widerfahren sein!“ Und die Alte begann nun auch zu weinen.

Gerade kam ein armer Bauer mit seinem Ochsenkarren des Weges. Als er die beiden weinen sah, gesellte er sich zu ihnen und begann gleichfalls bitterlich zu weinen. Das sah ein anderer Mann, der an dieser Stelle vorbeikam und zu gerne gewußt hätte, warum die drei dort standen und weinten. Er trat an den Bauer heran und fragte ihn nach dem Grund seiner Traurigkeit. „Ist es nicht traurig“, erwiderte dieser, „daß ich jahrein, jahraus ein fremdes Feld bestellen muß und für meine Arbeits nichts anderes als eine Tracht Prügel und eine Handvoll Reis bekomme? Ach, wie oft schon hätte ich über diese Ungerechtigkeit auf Erden weinen mögen, aber ich fand keine Zeit dazu. Heute kam ich nun hier vorbei und sah die beiden stehen und weinen. Da wurde mir plötzlich meine ganze Not bewußt, und ich konnte die Tränen nicht länger zurückhalten.“

Das konnte der Fremde verstehen. Dann

aber fragte er die Alte nach dem Grund ihrer Traurigkeit.

Die Frau antwortete: „Wenn jemand Grund hat zum Weinen, dann bin ich's. Mein Sohn schrieb mir einen Brief aus der Fremde, und da ich ihn selbst nicht lesen kann, gab ich ihn diesem Soldaten zum Lesen. Denkt, der Soldat war von dem traurigen Inhalt des Briefes so gerührt, daß er zu weinen anfing!“

Auch das konnte der Fremde verstehen. Nun aber fragte er den Kriegsmann, welche traurigen Nachrichten im Briefe seine Tränen gelöst hätten. Da schüttelte der Soldat den Kopf und weinte heftig.

„Beruhige dich, Kamerad...“ tröstete der Fremde.

Der Soldat aber sprach: „Ihr habt gut reden, ‚Beruhige dich‘, denn ihr wißt nicht, wie es da drinnen aussieht!“ Der Soldat zeigte auf sein Herz und fuhr fort: „Trauer und Scham treiben mich zur Verzweiflung. Als Kind war ich der begabteste Schüler meiner Klasse, und meine Buchstaben standen wie gestochen auf dem Papier. Dann kam der Krieg. Kein Buch habe ich seither wieder in die Hand genommen, so daß ich unfähig bin, selbst diesen einfachen Brief zu lesen. Wehe über den Krieg, der mir nicht nur die Seele und das Herz, sondern auch den Geist genommen!“

Da weinte der Fremde über das Schicksal des Soldaten.

Der Bauer Haferkorn, der einsam auf seinem Felde wohnt, ritt zur Silvesterfeier ins Dorf. Am nächsten Morgen setzten ihn seine Zechkumpen aufs Pferd, mit dem Gesicht nach hinten, banden ihn fest und gaben ihm statt der Zügel den Roßschweif in die Hand. So kommt er Zuhause an und erzählt seiner staunenden Frau: „Denk dir doch, Banditen haben mich überfallen, mir alles Geld weggenommen und zum Schluß meinem Pferd auch noch den Kopf abgeschnitten.“

Der Dolmetscher

„Ach, Mann, sieh doch mal das entzückende Kleid mit dem Schild: ‚Dernier cri!‘ Was heißt eigentlich Dernier cri?“

„Das heißt... heißt... verkauft!“

Drei Tage später tauchte der neugeborene Himmelskörper, nun von amerikanischen Sternwarten bestätigt, vor den unruhig flackernden Augen Jimmy Parkers wieder auf. Schon wollte er das mit dieser Meldung beschriebene Blatt in den Papierkorb segeln lassen, als der verlängerte Text ihn dazu veranlaßte, noch einen prüfenden Blick daran zu verschwenden. Der Stern war gewachsen? Auf den USA-Sternwarten war er größer gesehen worden als in Europa. Es wurde die Behauptung aufgestellt, der Stern näherte sich, entgegen allen astronomischen Spielregeln, mit rasender Geschwindigkeit der Erde.

Parker hielt plötzlich mit straffer Bewegung seine Zigarette wie einen Dirigentenstab hoch in die Luft und starrte auf den kleinen Trupp seiner Mitarbeiter. Dieses Zeichen war seinen Leuten bekannt und bedeutete das Aufkommen einer neuen Idee. Trotz der enormen Hitze des Tages lächelten sie zu ihm hin, um damit ihr Interesse an den neuen Entfällen zu bekunden. Parker aber kannte dieses scheinheilige Lächeln auf ihren Gesichtern und kniff die etwas schräggestellten gelben Augen zu einem dünnen Schlitz zusammen. Nur Sins lächeln war echt. Das hatte seine Gründe. Sin war verliebt in ihn. Parker senkte endlich wieder die Zigarette, führte sie an den breiten Mund, machte sie in drei, vier langen Zügen fertig und winkte Miß Siniossoglou, seine Sekretärin, zu sich heran. Obgleich Sins Augen über der Arbeit waren, hatte sie den Wink ihres Chefs sofort bemerkt. Mit langen wiegenden Schritten kam sie herbei. Parker mußte sich beugen, wollte er von ihren schönen Beinen noch etwas zu Gesicht bekommen, bevor sie an seinen Schreibtisch trat. „Alles, was diesen Stern betrifft, scharf beobachten“, sagte er knapp und gab dem Mädchen das Papier.

Sin ging viel zu schnell wieder an ihren Platz, stellte Parker fest. Sie gefiel ihm. Aber leider nur bis zur Hälfte. Von unten an gerechnet. Seit dieses ungemünzten kluge und zuverlässige Mädchen bei ihm war, seit ungefähr fünf Monaten, verglich er alle Frauenbeine mit denen Sins. Er schätzte die täglich kontrollierte Zahl auf mindestens tausend. Das waren in fünf Monaten rund hundertfünfzigtausend. Und doch war Sin bis

Neues aus der Medizin

Goldgelb sieht das im Jahre 1947 entdeckte Antibiotikum Aureomycin aus. Gleich dem Penicillin und Streptomycin ist es ein aus Pilzkulturen gewonnener Wirkstoff gegen Krankheitserreger. In dieser Substanz scheinen sich alle guten Eigenschaften der bisher bekannten Antibiotica vereinigt zu haben.

Sowohl Penicillin als auch Streptomycin wirken nur gegen ganz bestimmte Bakteriengruppen. Aureomycin dagegen vereinigt nach den bisherigen Forschungen die Wirkung beider. Auch die mitunter unangenehmen Nebenwirkungen bei hohen Dosen von Streptomycin, z. B. Gleichgewichtsstörungen, fallen bei dem neuen Medikament vollkommen fort.

Nicht unwesentlich für die Anwendung ist, daß Aureomycin, das allerdings heute noch fast unerschwinglich teuer ist, auch durch den Mund eingenommen werden kann, während die anderen Antibiotica durch den Magensaft zerstört werden und deswegen nur durch Einspritzungen dem Körper einzuverleiben sind.

Aus Frankreich kommt eine aufsehenerregende Meldung. An der Universität Lyon ist es Ärzten zum erstenmal gelungen, den Erreger der Maul- und Klauenseuche — ein Virus — mit Hilfe eines neuen Elektronen-Mikropkops bei 60 000facher Vergrößerung zu fotografieren. Viren sind bekanntlich Wesen, die vielmal kleiner als die kleinsten Bakterien sind und über deren Natur noch keine endgültige Klarheit besteht. Während manche Forscher das

Virus für eine Art degeneriertes Kleinstlebewesen halten, sind andere der Ansicht, daß es nichts weiter sei als ein großes Protein-Molekül, das eine primitive Form der Fortpflanzung entwickelt hat.

Daß der Erreger der Maul- und Klauenseuche ein Wesen mit den Eigenschaften eines Virus sein müsse, wurde schon 1898 von Löffler und Frosch entdeckt. Aber dieses Wesen war so klein, daß es durch keinerlei Mikroskop sichtbar zu machen war. Lediglich durch Anwendung von Kolloidfiltern konnte man abschätzen, daß das Virus der Maul- und Klauenseuche eines der kleinsten Viren, nicht größer sein könne als 10 Millionstel Millimeter. Was das bedeutet, kann man ermaßen, wenn man sich vorstellt, daß ein rotes Blutkörperchen des Menschen 7500 Millionstel Millimeter lang ist.

F. H.

Im Examen

Professor: „Der Patient hat ein zu kurzes Bein. Was läten Sie in diesem Falle?“

Kandidat der Medizin: „Ich würde... hinken.“

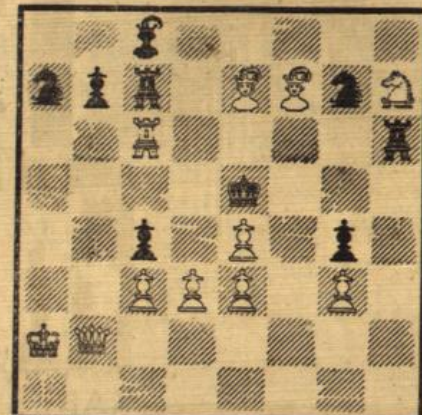
Bissig

Klopf war auf den Kopf gefallen, hatte sich die Wunde nähen lassen und fuhr jetzt mit schlechter Laune, noch schlechterem Gewissen und einem erheblichen Verband nach Hause. Ihm gegenüber saß eine Dame und starrte ihn immerfort an. Schließlich fragte sie: „Ach, Sie sind wohl auf den Kopf gefallen?“

„Nein“, knirschte Klopf, „aufs Schienbein, der Verband ist mir nur verrutscht!“

SCHACH- UND RÄTSELECKE

Problem Nr. 35
L. Schaab, Pirmasens



Urdruck
Matt in zwei Zügen

Kontrollstellung. Weiß: Ka2, Db2, Tc6, Le7, f7, Sh7, Bc3, d3, e3, e4, g3 (11); Schwarz: Ke5, Tc7, h6, Lc8, Sa7, g7, Bb7, c4, g4 (9).

Um die Badische Mannschaftsmeisterschaft im Schach

In der ersten Runde der Badischen Mannschaftsmeisterschaft, die am Sonntagvormittag zur Austragung kam, mußte der Titelverteidiger, Mannheimer Schachklub 1865, gegen Feudenheim eine hohe Niederlage einstecken. 1865 kam mit einer ersatzgeschwächten Mannschaft. Das Endergebnis war 5,5:1,5 mit einer Hängepartie. Das erste Brett, die Partie Bruno Müller, Feudenheim, gegen Heinrich, wurde in besserer Stellung für Schwarz abgebrochen.

In Mannheim spielte Schachklub 1910 gegen Heidelberg. Auch Heidelberg kam mit einer ersatzgeschwächten Mannschaft. Das Resultat endete 3:3 mit einer Hängepartie. Am ersten Brett konnte Dr. Lauderbach gegen Götz in 11 Zügen die Partie gewinnen.

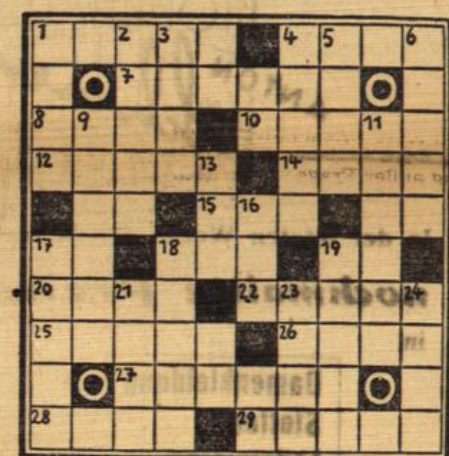
Um die Bezirks-Mannschaftsmeisterschaft

Der Mannheimer Schachklub 1910 spielte gegen Schachklub Pfingsberg. In der A-Klasse endete der Kampf 3,5:3,5 und eine Hängepartie. In der B-Klasse konnte Pfingsberg mit 6,5:1,5 als Sieger hervor-

gehen. Mannheim trat in der B-Klasse nur an fünf Brettern an.

Waagrecht: 1. Nebenfluß des Rheins, 4. Nebenfluß des Rheins, 7. harte plastische Masse aus Eiweiß, 8. Gesangsstück, 10. festes Einkommen ohne Gegenleistung, 12. Wärmespender, 14. französische Stadt an der Rhone, 15. Europäer, 17. norditalienischer Fluß, 18. weiblicher Vorname, 19. Spielkarte, 20. Nebenfluß der Aller, 22. Stadt in Italien, 25. Stoffart, 26. spanische Hafenstadt, 27. Stadt in Pommern, 28. Kennlichmachung eines Gegenstandes, 29. Körperorgan.

Senkrecht: 1. Fluß im Gebiet des Niederrheins, 2. schiffbarer Fluß in Frankreich, 3. Wort für „flach“, 4. Fehlleh, 5. weiblicher Vorname, 6. flache Landschaft, 9. Stilar, 11. Stadt an der Memel, 13. Schwur, 16. Titel, 17. Osteuropäisches Land, 18. weiblicher Vorname, 19. Duft, Geschmack, 21. Stadt in Holland, 23. Gebirge in der Sowjetunion, 24. Teil des Gesichtes.



Auflösung aus Nr. 24

Waagrecht: 1. Eigelb, 5. Elbing, 9. Haar, 10. Esse, 12. Sprit, 13. piano, 14. Este, 16. Narr, 19. Knie, 21. Asoz, 23. Unrat, 24. Nusle, 25. Idol, 26. Lech, 27. gerben, 28. Epinal.

Senkrecht: 1. Ehrenburg, 2. Gast, 3. Erpel, 4. Bein, 6. Lepra, 7. Ningpo, 8. Grotewohl, 11. Stalino, 15. Stunde, 17. Aktie, 18. Walli, 20. Eule, 22. Seen.



Die Goldene Kugel
Roman von LUDWIG TUREK
Copyright Dietz-Verlag Berlin

Von allen USA-Zeitungen berichtete zuerst die „New York Herald Tribune“ über diese interessanteste aller Sensationen, die jemals Menschenherzen schneller schlagen ließen. Es war nur eine kleine, unscheinbare Notiz von vier Zeilen. Sie verdankte ihr bescheidenes Dasein lediglich dem Umstand, daß Jimmy Parker, Redakteur für technisch-wissenschaftliche Angelegenheiten, einen Spaltenfüller brauchte.

Beim Umbruch eines Artikels des mächtigen Misanto-Chemical-Trusts war am Ende der zweiten Spalte ein Loch entstanden. Die richtige Auswahl des Füllers hatte viel hartnäckige Rücksprachen und kostbare Zeit gekostet, denn die Reklamefachleute der „Chemical“ duldeten am Schluß ihrer Artikel keine ablenkenden Berichte. Am allerwenigsten hätten sie sich bei dieser großer Geschäft einleitenden Stoffarbeitsgeschichte einen Gehirnwisser gefallen lassen, der dem Publikum das Gelesene wieder aus dem Gedächtnis löschen würde wie ein feuchter Schwamm die Kreide auf der Tafel. In allerletzter Minuten erst fanden sich die fraglichen, gänzlich unverdächtigen vier Zeilen, deren Thema (statistisch nachgewiesen) 99,2 Prozent der Leser nicht interessierte. Sie lauteten:

„Der französische Astronom Marcel Le Jeune entdeckte einen neuen Stern. Die Bestätigung dieser Nachricht von den USA-Sternwarten liegt noch nicht vor.“

Befriedigt legte sich Jimmy Parker in seinem Schreibtischsessel auf den Rücken. Mit genau abgemessenen, äußerst smarten Bewegungen, die er nun schon zwanzig Jahre, seit seinem sechzehnten Lebensjahr, gewis-

senhaft trainierte, steckte er sich eine Zigarette an. Okay! Die Leute von der „Chemical“ hatten keinen Grund zur Beschwerde. Das war ein glücklicher Griff. Zu den Millionen sichtbarer Sterne kam nun noch ein neues, für das bloße Auge unsichtbares Pünktchen hinzu. In Europa entdeckt, von den USA noch nicht bestätigt. Wen interessierte dies in den Staaten?

Jimmy Parkers hingeräkelte Behaglichkeit war jedoch schnell wieder zu Ende. Mit dem Artikel, das ging glänzend in Ordnung, aber sein Inhalt fing an, ihn mehr und mehr zu beunruhigen. Was Tolles hatten diese Burschen mit ihren Farben da ausgeknobelt: Selbstfärben und Bemustern von Kleidern und Wäsche in hundert verschiedenen Farben und Mustern, nur durch Eintauchen der Stücke in lauwarmes Wasser. Darüber würden alle Frauen verrückt werden, und er hatte eine Frau mit ganz besonders lebhafter Phantasie. Die in dem Artikel geschilderte Einsparung von Textilien war glatter Schwindel. Das Gegenteil mußte dabei herauskommen. Wenn Betsy alle Kleider und Wäsche, die sie besaß, gefärbt und bemustert hatte, verlangte sie Geld für Neuschaffungen. Das war vollkommen klar und bei den unverschämten gestiegenen Preisen und dem dadurch geschrumpften Gehalt gleichbedeutend mit Bankrott. Parker überlegte, wann er mit seiner Frau infolge dieser Geschichte den ersten Krach geben würde. In spätestens drei Monaten, kalkulierte er, sind die Kerle soweit und haben den Frauen die Köpfe gründlich verkeilt. Fast wünschte Parker, der ständig drohende Krieg möchte ausbrechen und ihn dieser Sorge entheben.

jetzt die unumstrittene Siegerin geblieben. Aber wie gesagt: sie gefiel ihm nur bis zur Hälfte. Gleich über dem Nabel, so meinte Parker, ging die Pleite los. Ihre Hüften waren zu breit und die Brüste zu groß. Sein Freund und Mitarbeiter Bill Larsen sagte zwar, es käme eine Zeit, wo man die harten Tennisbälle überkriegen und sich nach nahrhafteren Gebilden umsehen würde. Was Betsy betraf, so schien diese Theorie bereits zu stimmen. Doch sonst war er noch nicht so weit. Diese Sin also hatte sich rettungslos in ihn verliebt. Das mußte ein Pferd merken. Ihre Werbung jedoch brachte sie falsch an. Statt mit den Beinen, kokettierte sie mit den Augen, und die dunklen, sanft funkelnden Rehaugen, die Sins Großmutter vor vierzig Jahren aus Griechenland importierte, gefielen ihm nicht. Er liebte in den Augen der Frauen die kühle Bläue seines heimatischen kanadischen Himmels. Vorläufig noch, man würde sehen.

Einige Tage waren vergangen, und das gewaltige Rauschen im politischen Blätterwald mit seiner schrillen Kriegsfanfare hatte für die technisch-wissenschaftliche Redaktion Parkers kaum noch ein williges Ohr übrig gelassen. Schwarz und rotzig lasteten die schweren Unheil verkündeten Schlagzeilen auf der ersten Seite der Zeitung und griffen auch denen an die Seele, die sonst daran vorbeisähen. Der Krieg war so gut wie fertig. Alle großen Reden, die auf den zahlreichen Konferenzen in der Welt gehalten wurden, schienen nur noch dazu gemacht, den Termin des Losschlages zu vertuschen. Schon kostete der rasende Nervenkrieg ungezählte Opfer. Insbesondere in den europäischen Ländern war der Selbstmord zu einer Epidemie geworden. Aus London kamen Meldungen, die besagten, daß sich in dieser Stadt täglich mehr als hundert Menschen töteten. Es war dort eine Stelle eingerichtet worden, die sich „Hilfskomitee für mutmaßliche Selbstmörder“ nannte.

Im Pazifik hatten neue Atombombenversuche stattgefunden, wobei eine ganze Insel spurlos im Ozean verschwunden war. Alle Seismographen der Welt verzeichneten in bemerkenswerten Kurven die Erschütterung. Man hatte phantastische Fortschritte in der Atombombenherstellung gemacht. Es war

nun soweit: Der Mensch besaß eine Kraft, den ganzen Erdball wackeln zu lassen. In New Mexico schossen die Versuchsanlagen der US-Armee immer neue riesenhafte Raketen in den Weltraum hinaus, von denen viele nie wieder gesehen wurden. Man hatte dort ein „Programm für künstliche Erdtrabanten“ Kleine Monde, made in USA, wurde man als Abschlußbasis für Atombomben außerhalb der Anziehungskraft der Erde kreisen lassen. Der Tag X sollte dann einen Atombombenbegriff auf den „Feind“ (die Menschheit) herniederprasseln lassen. Der USA-Kriegsminister selbst hatte im Kongress über derartig exzerzierte Pläne gesprochen. Es war also kein Zweifel mehr möglich: Menschenkinder spielten mit gefährlichen Waffen und Munition. In Europa, wo man im allgemeinen noch die Nase vom letztenmal voll hatte, zitterten nun auch die, denen das bevorstehende Massaker, bei oberflächlicher Betrachtung, bisher eine Hoffnung auf Verbesserung ihrer persönlichen Lage bedeutete. In jeder Minute konnte das Kriegsgespenset die Treppe heraufkommen, mit kalkköcherer Hand an die Wohnungstür klopfen und seinen blutigen Tribut fordern.

Die zuverlässige Sin aber verfolgte befehlsgemäß die Bahn des neuen Sterns und reichte ihrem Chef die letzten Meldungen. Parker rieb sich nervös das glattrasierte Kinn: „Das dumme Ding wächst immer noch? Saust wie irrsinnig auf die Erde zu? Will uns vielleicht fertigmachen?“ Er dachte nach. „Was meint die Konkurrenz?“ „Bring!“ sagte Sin. „Zeigen!“ befahl er und schlug dem Mädchen mit der Schrotflinte dieses Wortes einen Haken in das verliebte Gesicht. Ihre gutgepflegte Hand legte vier Zeitungsausschnitte auf den Tisch. „Verdammt!“ brüllte der Chef laut, griff zum Telefon und verlangte Bill Larsen. Der war sofort da. Sommersprossig, blond, hemsärmlich und schwitzend. Er holte aus der Hosentasche eine zerknüllte Schreibmaschinenseite. Parker gab sich Mühe, sein Staunen zu unterdrücken. Es war haargenau das, was er über den Stern brauchte. Das wehleidige Lächeln Sins, die Bill zur rechten Zeit angespielt hatte, bemerkte er nicht. Seine sanftgelben Augen rasten bereits zum zweitenmal über das Papier, dann folgte der Bleistift und tilgte einige Sätze.

Fortsetzung folgt

Karlsruher-Einkaufsquellen der „Volksecho“-Leser!

Karlsruher Kammerofen-Brechkokks

für
Dauerbrand in Zentral- und Etagenheizungen
am besten geeignet in den Sorten I-III

Einzelheizung i. Zimmeröfen u. Küchenherden
der beliebte Perikoks Sorte IV

Preisermäßigung, Mengenrabatte
zu beziehen durch Gaswerk u. Kohlenhandel

Wir beraten Sie gerne durch uns. **Koksvertrieb**, Schlachthausstr. 3, Telefon 8160, App. 71/72 u. 9088 (Vorholzstr.27).

Städtische Werke Karlsruhe

Unser Preis-Abschlag ließ sich wirklich hören!

Frisch eingetroffen:

Schwarzwälder
Rauchfleisch 100 gr - 60
Echter Schwarzwälder
Speck 100 gr 1.-
Schwarzwälder
Zungenwurst 49
Feldhasen im ganzen 1.30
Rücken, Schlegel Pfd. 2.-
Schwarzwaldhaus

Seit 20 Jahren Ihr Spezial-Geschäft
Ecke Sofienstraße / Waldstraße
Ruf 8932

Wieder neu 22 Sensationspreise

Neue Waren:

- | | | | | | |
|--|-------|--|-------|---|----------|
| 2000 Damen-Lederhausschuhe, warm gefüllt, mit Pelz, fast ausverkauft, noch 67 Paar vorh. Rest pro Paar | 6.90 | 40 Kinder-Teddy-Mäntel m. Mütze, ganz gefüllt, sehr schön | 12.50 | 50 Chrom-Vanadium-Werkzeuge, Flachzangen, Waspumpenlager | 1.50 |
| 45 Stiefeletten, erstkl. Ausf. m. Krepp od. Ledersohle | 23.80 | 100 Baby-Jäckchen, gestrickt | 1.10 | 1000 Tuben Hautcreme, Vaseline, Nachtcreme u. v. a., Markenware, Tube | 10 |
| 25 Herren-Arbeitsstiefel, Doppelsohle, Qualitätsmarke Rieker, nur | 16.80 | 400 Damen-Trägerschürzen schöne Must., sehr stabil | 2.90 | 1000 Lippenstifte, bek. Marke | 10 |
| 140 Burschenstiefel, Ia Qual. Gr. 36-39, Doppelsohle | 14.80 | 60 Dam.-Strümpfe, Kunstsd. | 1.50 | Gebrauchte Waren: | |
| 250 Halbschuhe, Gr. 31-35 | 7.50 | 400 Herren-Hosen, s. gt. Verarbeitg., mod. Fischgrät-must., unglaublich billig | 15.80 | 150 Trainingsjacken | 2.90 |
| Reichhaltiges Lager in vielen Ausführungen u. Größen zu niedrigsten Preisen | | 30 Sportheimden, gedeckte Farbe, fester Stoff | 5.90 | 150 Damen-Jacken | ab 1.80 |
| 65 Dirndl, warmer Stoff m. seid. Schürze, sehr geschmackvolle Ausführung | 16.90 | 12 Herde, neue Ausführung wß. email., m. Backrohr | 79.- | 100 Kinder-Jacken, warm, lg., mit Gürtel und Kapuze | ab 3.80 |
| | | 10 Radioapparate, 3 Röhren, 110/220 V. kurze, mittel und lange Welle | 88.- | 100 Herren-Wintermäntel ab USA-Militärmantel | ab 11.80 |
| | | | | 150 Mundharmonika (Hohner) | 1.90 |

Das billige Warenhaus, Karlsruhe, Adlerstr. 33

zw. Kaiserstr. u. Markthalle
täglich geöffnet von
8-19 Uhr, auch mittwochs

1000 vorteilhafte
Angebote erfüllen
1000fache Wünsche



Eigentlich zu schade für unsere schöne Winterware - aber wir brauchen zum Frühjahr viel Platz und verkaufen deshalb jetzt spottbillig: **Finen zum Vorteil!**

Hier nur einige Beispiele:

HERREN-WINTERMÄNTEL ganz gefüttert und mit Abseite	68.- 89.- 108.- 139.-	DAMEN-WINTERMÄNTEL moderne und solide Formen	48.- 78.- 109.- 148.-
HERREN-SACCOANZÜGE gute Oberstoffe, 1- und 2-reihig	58.- 89.- 108.- 139.-	DAMEN-WOLLKLEIDER pastellfarben, mod. Verarbeitung	9.- 29.- 49.- 69.-
HERREN-SPORTSTUTZER in Stoffe, ganz gefüttert	69.- 79.- 89.- 99.-	SCHI-HOSEN, -BLUSEN für Herren, Damen und Kinder	15.- 22.- 29.- 35.-

Sleiber
DIE ZUVERLÄSSIGEN KLEIDERFACHLEUTE
KARLSRUHE - KAISER-STRASSE 209

Winter-Schluss-Verkauf!
Gute Ware jetzt noch billiger
Leipheimer & Mende
Karlsruhe, Kaiserstraße
Allbekannt für gute Stoffe



In der letzten Woche des Winterschlussverkaufs
nochmalige Preissenkung
in
**Damenkleidung
Stoffen
Lederwaren**
Nachbestände zu Bruchteilen des bisherigen Preises in Damen- und Herrenwäsche, Strickwaren, Vorhang- und Bezugsstoffen, Schlafdecken usw.
Kaiser- Ecke Kronenstraße

MOBEL EHRFELD
am Rondellplatz
KARLSRUHE

Deckbett mit Federn
180 x 130 cm 57.- an
Kissen mit Federn
80 x 80 cm 17.- an
Bettfedern
und Halbdauen
In 8 Preislagen von 2.50 bis 17.-
Matratzen, Bettröste und Polstermöbel äußerst billig
Spezial-Geschäft
M. Kachur / Karlsruhe
Kaiserstraße 19, im Hof rechts

Winter-Schluss-Verkauf
vom 30. Januar bis 11. Februar 1930
Herren-Anzugstoffe, 150 cm breit . . . 12.50 9.50
Damen-Mantelstoffe 17.50 12.50
Kleiderstoffe, 70 cm breit, Stichelhaar . . . 2.75
Keiderstoffe, 70 cm br., Krepp u. Karo . . . 3.95 3.25
Winterdirndl, 80 cm, schwere Ware . . . 2.95 2.75
Druckflanell für Kleider, 75 cm 2.70
Druckvelour, 70 cm 3.25
Wachstoff für Hemden, 62 u. 80 cm breit . . . 2.25 1.60
Hemden-Flanell, 80 cm breit 2.50 2.25
Herren-Sportheimden 9.50 7.50
Herren-Nachthemden 11.30 9.90
Damen-Schlüpfer, Größe 42 1.95
Damen-Garnitur 5.90 4.90
Textilhaus J. HERTENSTEIN
JNHABER
Rudolf Kutterer
KARLSRUHE/B. HERRENSTR.25

Die große Gewinnchance!
Versäumen Sie nicht unsere Bedingungen in der Nr. 12 vom 14. 1. 50 nachzulesen

Inseriert im „Badischen Volksecho“
der Zeitung der Werktätigen

nur 50%
Herdfeiger
flüssig

Denken Sie daran,
daß die Ziehung der
5. Klasse der
Süddeutschen Klassenlotterie
bereits am 8. Februar beginnt

Herren- Damen- **STOFFE** Winter-Schluss-Verkauf
Seiden- u. Baumwollwaren
Wilhelm BRAUNAGEL
Herrenstraße 23, um die Ecke

... sind hier das Tollste
was unser WINTER-SCHLUSS-VERKAUF zu bieten vermag:

Stoffe Hemdenstoff Zellr, starktad. m. 88 Rohnessel reine Baumwolle m. 1.18 Kleider-Schürzen-Pyjama-Stoffe m 1.95	Herren-Artikel Farbige Selbstbinder in viel. Farb. u. Must. -75 -75 -45 Knaben-Sportheimden einfarbig, Kunstseide, verschiedene Längen von 2.50 an Damen-Regenschirme farb. Kunstseide, aparte Streifenmuster 7.50	Damen-Konfektion Regenmäntel Kunstsd., gumm. i. beige, karliert u. marine jetzt 9.75 Bachfisch-Mäntel braun Fischgrät, ganz gef. jetzt 15.90 Damenmäntel einfarbig in braun u. grün, m. Bliesengarn, ganz gef. jetzt 29.75	Trikotagen Mädchenhemd m. Achsel, bes. schöne Qualität, jede Gr. 1.50 Damen-Unterkleid marinsblau, Kunstseide, m. Achsel u. Träger jede Gr. 2.45 Damen-Garnitur schwere Charmeuse-Ware jede Größe 3.90
		Gardinen Landhausgardinen abgepaßt mit 2. Volants, farbig . Paar 1.95 Schwedestreifen 60 cm br. m 1.75 schöne Farben, 120 cm br. m 2.75 Dekorations-Krepp 80 cm breit, in versch. Farb. m 4.50	Schuhwaren Damen-Sportschuhe m. echter Kreppsohle (Kalbfuß) 13.90 Herrensportschuhe bes. stab. 14.90 Damen-Pumps Boxcalf . . 9.75

Es soll mit Recht heißen: „tolle Aussichten“ für gute Einkäufe.

HÖLSCHER
SORGT FÜR SIE

Beachten Sie unsere 16 Schaufenster
Während des Winter-Schluss-Verkaufes täglich durchgehend
von 8-18 Uhr geöffnet